

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: halbjährlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Arbeiterpartei Deutschlands, Halle, Verdenstraße 14. Fernruf: 210 45 (Halle); 210 47 (Merseburg).

Mit der Arbeiterpartei Deutschlands
Der Rote Stern

Ungekuppelt: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Pf. im Zeitl. Postkasten: Anzeigebest. des Sozialistischen Halle; Kommerz- und Privatbank Halle. Postfach 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsvorlag 6. m. d. S. Halle. Druck: Produktiv Südwestfalen 6. m. d. S. Halle, Verdenstraße 14.

Halbpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 25. März 1930

10. Jahrgang • Nr. 71

Erwerbslose, auf nach Merseburg!

Betriebsarbeiter und Erwerbslose, kämpft für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für höhere Löhne und Unterkünungen!

In die Erwerbslosen, Betriebsarbeiter, an die werktätige Bevölkerung der Provinz Sachsen!

1000 neue „Klassenkampf“-Leser in den entscheidenden Großbetrieben

Halle, den 25. März 1930.

Im zweiten Male tagt in diesem Jahre vom 1. bis 5. April Provinziallandtag der Provinz Sachsen. Die Vertreter der sächsischen Arbeiterpartei kommen zusammen, um zu beraten, in der nächsten Zeit die werktätige Bevölkerung Mitteldeutsch-

Diese Forderungen müssen von jedem Klassenbewußten Arbeiter unterstützt werden.

Für diese Forderungen werden die Erwerbslosen aus ganz Mitteldeutschland am 1. April beim Zusammentritt des Provinziallandtages in Merseburg aufmarschieren und demonstrieren.

Auf jeder Stempelfelle, in jeder Ortsgruppe muß sofort in öffentlichen Versammlungen zu den Forderungen der Erwerbslosen an den Provinziallandtag Stellung genommen und beifolgt werden, am 1. April einheitlich und geschlossen in Merseburg aufzumarschieren.

Die Betriebsarbeiter

müssen in Versammlungen zu den Forderungen der Erwerbslosen, die auch ihre Forderungen sind, Stellung nehmen. Sie müssen Delegationen entsenden und gemeinsam mit den Erwerbslosen kämpfen.

Für Arbeit und Brot

Für ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen
Für Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess

Gegen die Pflichtarbeit
Für den Siebenstundentag über und Sechstundentag unter Tage bei vollem Lohnausgleich

Gegen Lohnausplünderung und Polizeigewalt
Gegen kapitalistische Unterdrückung — für die Diktatur des Proletariats

Bezirks-Erwerbslosenauschuß
Halle-Merseburg

Reichsauschuß der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Wir haben an dieser Stelle gestern ausführlich über die nächsten Aufgaben gesprochen, die sich auf Grund des bisherigen Verlaufs der Betriebskämpfe für die kommunistische Partei und für die gesamte revolutionäre Arbeiterfront unseres Bezirks ergeben. Wir haben dabei festgelegt, daß im Vordergrund dieser Aufgaben die Schaffung leistungsfähiger Stützpunkte der roten Front steht und daß unter den verschiedenen Formen dieser Stützpunkte die feste Verankerung der revolutionären Presse in den entscheidenden Arbeitermassen mit von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Jeder denkende Arbeiter versteht, daß es sich hier nicht um eine bloße Parteilangelegenheit der Kommunisten und um eine äußere Frage der Verbreitung unserer Zeitung handelt, sondern um eine Frage, die

für alle Klassenbewußten Arbeiter von höchster Bedeutung ist.

Der „Klassenkampf“ legt seinen ganzen Stolz darauf, wirklich zu den Sprachrohr der revolutionären Arbeiter zu werden. Seine ganze Tätigkeit ist darauf eingestellt, nicht einfach zu berichten, was in der Welt irgendwo vorgeht, sondern mit Tat und Tat, durch offenes Aussprechen dessen, was ist, durch scharfe Kritik an Mängeln und Fehlern der revolutionären Arbeit

den Arbeitern unseres Bezirks zu helfen, die rote Kampffront zu organisieren.

Dazu ist aber vor allem notwendig, daß er in viel stärkerem Maße als bisher an die entscheidenden Arbeiterschichten unseres Bezirks herankommt. Und darum stellen wir für die Werbekampagne, die während des Monats April durchgeführt werden soll, nicht irgendein allgemeines abstraktes Ziel, — was wir anstreben, ist

eine Verklärung unseres Einflusses an den entscheidenden Punkten der Front des Klassenkampfes.

Natürlich soll überall gewonnen werden, natürlich ist uns jeder neue Leser willkommen, ist jeder Arbeiter, der durch das Lesen der kommunistischen Presse in ein engeres Verhältnis zur Partei, zur Führerin des revolutionären Klassenkampfes tritt, ein Plus für die proletarische Bewegung. Aber worauf es vor allem, worauf es in erster Linie ankommt, das sind

die entscheidenden Industriezweige, die entscheidenden Großbetriebe unseres Bezirks.

35 000 Proleten arbeiten in den Betrieben der sächsischen Industrie, ungefähr ebensoviel im Braunkohlenbergbau, 20 000 im Kupfer- und Kalibergbau und weitere 20 000 auf den Eisenbahnen und in der Großmetallindustrie.

Das sind die Schichten, auf die es vor allem ankommt, das sind jene Schichten des Klassenkampfes, an denen die großen Entscheidungen der Revolution fallen werden. Der „Klassenkampf“ legt seine ganze Kraft darauf, vor allem an diesen entscheidenden Punkten die Kämpfe organisieren zu helfen — alle revolutionären Arbeiter müssen sich aber allen Ernstes die Frage vorlegen, ob er an diesen Punkten auch genügend fest verankert ist, um die Aufgabe, die er sich gestellt hat, erfüllen zu können.

Die Tatsache, daß unsere Parteiorganisation auf Grund sozialdemokratischer Traditionen, mit denen wir gründlich aufzurechnen müssen, nur in beschränktem Maße auf Betriebszellen aufgebaut ist, hindert uns daran, trotzdem zahlenmäßig selbstzufrieden, mieweil Leser unsere Presse in den angelegentlichsten Arbeitergruppen beschiff. Sicher ist es aber, daß von denen 100 000 Proleten, die wir oben als die entscheidendsten Gruppen in unserem Bezirke angeführt haben,

nur nicht der zehnte Teil regelmäßig unsere Zeitung liest. Hier ist eine Lücke, in die wir hineinsehen müssen, und wenn es uns gelingt, an diesen entscheidenden Punkten weitere 1000 Leser zu werben, so sind wir einen bestimmten Schritt weitergekommen. Der Schritt ist nicht zu groß geacht — es handelt sich um 1 Prozent der in Frage kommenden Belegschaften. Es ist für die Deuna-Jelle oder für die Parteiorganisation in der Mansfeld u. S. keine allzu schwere Aufgabe, im Laufe des nächsten Monats je 100 bis 200 neue „Klassenkampf“-Leser zu werben. Aber wenn es gelingt, bedeutet es

einen großen Schritt nach vorwärts.

Deun wenn in den Nebenbetrieben auch nur einige hundert neue Leser gewonnen werden, und zwar aus den Reihen

der Arbeiterpartei, noch brutaler, noch rücksichtsloser ausgebeutet werden kann.

Das Programm ist bereits angeknüpft. Rüksichtslos Sparmaß-

Einschränkung der Bauarbeiten

hat die bürgerliche und sozialfaschistische Presse und das in der Zeit, wo ein gemaltiges Heer von Arbeitslosen in der Provinz zu verhungern ist.

Über 300 000 Erwerbslose gehen mit ihren Familien langsam auf Grund des kapitalistischen Systems zu-

grunde.

Sozialfaschisten und die Bourgeoisie wissen keinen Ausweg, für Millionen, ihr Ausweg ist der Gummitüppel und der Arbeiter-

ähnlich wurden im Januar die Anträge der Erwerbslosen an den Vertretern der Traubbourgeoisie abgelehnt. Mit dem

Gummitüppel wurden die Erwerbslosen von den Krüger-geiern in ihrem gerechten Kampf für Arbeit und Brot zusammengehauen.

Der Kampf um Arbeit und Brot verläuft sich bei der notleidenden Bevölkerung immer mehr. Der 6. März hat den Beweis geliefert, welche ungeheuren Kräfte innerhalb der werktätigen Bevölkerung vorhanden sind.

Der Hunger läßt sich nicht mit dem Gummitüppel und dem Schicksgewehr beseitigen.

Man erst recht werden die Erwerbslosen bei der Tagung am 1. bis 5. April des Provinziallandtages in Merseburg ihre Forderungen an die Vertreter der Traubbourgeoisie stellen.

Torgauer Steingutfabrik wählt rot

Torgau, 24. März.

Bei Betriebsratswahlen in der Steingutfabrik Wöllers & Söhne, die zwischen der revolutionären Gewerkschaftsopposition einen großen Erfolg. Es wurden abgegeben:

Stille 1 (Opposition)	166 Stimmen
Stille 2 (Reformisten)	115 Stimmen
ungültig	17 Stimmen

Das Ergebnis zeigt sehr deutlich, daß die Betriebsratswahlen von den Reformisten, die bisher dort dominiert waren, abwichen. Die revolutionäre und gewerkschaftliche Agitation der unternehmenseigenen sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre hat nichts genützt. Die Mehrheit der Belegschaft hat sich für die Opposition und damit für den Kampf um den Siebenstundentag und um Verbesserung entschieden. Die revolutionäre Opposition wird alles tun, um auch die Arbeitstötlinge, die für die reformistische Stille stimmten, zu überzeugen, daß sie nur mit der revolutionären Opposition zusammenkommen, daß sie sich losmachen müssen von der sozialfaschistischen Führung im Betriebe, die ihre Interessen immer wieder vernachlässigt. Die Betriebsratswahl ist die beste Antwort auf die kommunistische Forderung nach dem Einfluß der Betriebsratsmitglieder gegen die Belegschaft.

Leg roter Betriebsräte

(Eig. Draht.) Berlin, 25. März.

Man fand die Betriebsratswahl bei dem Berliner Großbetriebe Richte & Co. Oberkammerstraße, statt. Die Opposition hat die überlegende Mehrheit aller abgegebenen Stimmen.

Opposition	483 Stimmen
SPD	380 Stimmen

Die Opposition ging hier zum ersten Male mit einer eigenen Liste vor. Im vorigen Jahre war nur ein Oppositioneller auf der Gewerkschaftsliste vertreten, der inzwischen zu der SPD. übergegangen ist.

Nur der Kampf kann die Arbeiter schützen

(Eig. Draht.) Berlin, 25. März.

Durch ihre gefahrvolle Haltung haben gestern die Monteure der Firma C. Flohr, Chausseestraße, einen Anschlag der Direktion auf ihre Lebenshaltung erfolgreich abgewehrt. Bisher erhielten die Monteure, wenn sie auf Montage gingen, eine mit der Firma vereinbarte Fahrzeitschädigung. Als die Firma durchführen wollte, daß die Monteure nur noch für die ersten sechs Tage diese Entschädigung erhalten sollten, übten sie geschlossenen

paßten Reßkizzen und begaben sich in die Kantine. Die Direktion lehnte zu- nächst jede Verhandlung ab und forderte die Wiederaufnahme der Arbeit. Als sie jedoch sah, daß die Monteure weiter paßten Reßkizzen übten,

hürschte sie einen Übergeiß der Bewegung auf das gesamte Werk und auf bedingungslos nach.

Den Monteuren wurde die alte Fahrzeitschädigung zugebilligt. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, als im Betrieb kein Übergeiß an Arbeit vorhanden ist. Den Betriebsarbeitern zeigt dieser Kampf,

daß eine einmütige Front auch bei schlechter Konjunktur den Unternehmern zum Nachgeben zwingt.

Reichsrat befragt Hunger-Etat

Sozialistische Demagogie durch die eigenen Koalitionsbrüder widerlegt

(Eig. Draht.) Berlin, 25. März.

Während der Reichstag gestern eine 500prozentige Erhöhung der 30te Beschäft. hat der Reichsrat gestern den Notetat für 1930 und die berichtigte Finanzreform angenommen.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, von April bis Ende Juni die notwendigen Ausgaben zu leisten. Ein Viertel der für 1929 bewilligten Beträge wird hierzu zur Verfügung gestellt. Der erste Artikel der Finanzreform ermächtigt den Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die Beiträge bis auf 4 Prozent zu erhöhen und gemeinsam mit der Reichsregierung sogenannte Reformvor schläge durchzuführen, d. h. die Beilegung von „Mißständen“ den weiteren Abbau der Leistungen vorzunehmen.

Erfolgt in der Reichsanstalt keine Einigung, so ist die Reichsregierung ermächtigt, so sich aus die Beitragserhöhung zu beschließen. Ferner wird der Reichsanstalt ein Betrag von 50 Millionen aus dem Lohnsteuerertrag zugewiesen, soweit die Lohnsteuer mehr als 1425 Millionen bringt. Das ist ein Teil der Beträge,

auf die die Arbeiter bisher ein Recht zur Rückzahlung hatten. Artikel 2 bestimmt, daß die aus den Zinsen an die Invalidenversicherung jährlich zu überweisen 40 Millionen um die Hälfte gestürzt werden. Also ein weiterer Abbau der Sozialversicherung. Drittens wird

Die Auswirkungen des 6. März in Frankreich

Paris, 22. März.

Der internationale Kampftag am 6. März hat eine Reihe von Arbeitslosen ausgelöst. Zu den bereits durchgeführten und im Gange befindlichen hat nunmehr zwei neue hinzugekommen:

In den Stahlwerken von Longwy in Lothringen, die 6000 Arbeiter beschäftigen, zum größeren Teil ausländische Arbeiter,

haben die Belegschaften von zwei Schloten aus Solidarität mit einem entlassenen französischen Kollegen und um die Einhaltung des Achtstundentages zu erzwingen, die Arbeit niedergelegt.

Die selben Schloten wurden ausgebläut. Aber die gesamte Belegschaft, die durch die revolutionären Organisationen und die Betriebsleitung „Der Galerienarbeiter der Stahlwerke von Longwy“ bearbeitet wird, befindet sich in großer Aufregung und es ist wahrscheinlich, daß diese Bewegung den gesamten Betrieb ergreift. In Barentin (Departement Seine-Inférieure) sind in den Textilwerken Fabrik

300 Arbeiter der Spinnerei in der Streik getreten und fordern eine Erhöhung des Tagelohns um 8 Franken. Hier wie in Longwy steht die revolutionäre Gewerkschaft an der Spitze des Kampfes und der Streik dürfte die gesamte Belegschaft von 2500 Arbeitern ergreifen.

der aktiven Klassenkämpfer, aus den Reihen jener Arbeiter, die im Betrieb den Mund aufmachen, die in unsere Versammlungen gehen, die Vertrauen der Kollegen besitzen — dann wird der „Klassenkampf“ durch den Mund dieser Arbeiter zu unserer meiste Proleten in den einschlagenden Großbetrieben sprechen. Und von den neuwonnemen Abonementen werden sehr viele binnen kurzer Frist sich auf organisatorisch der Partei anschließen. Jeder berufende Arbeiter weiß, was es bedeutet, wenn von den 1000 neuen „Klassenkampf“-Lernern in den Großbetrieben, die wir werden wollen, nach ein oder zwei Monaten auf nur 500 bis 600 den Parteigliedern ihres Betriebes betreten. Die kommunistische Parteiorganisation Mitteldeutschlands hat gegenwärtig einen monatlichen Mitgliederzuwachs, der ein vielfaches dieser Zahl beträgt.

Aber uns kommt es vor allem darauf an, an den entscheidenden Punkten unter den entscheidenden Arbeiterführern letzten Fuß zu fassen. Die politische Wendung, die sich in der Partei vollzogen, bedingt eine Umgruppierung der Kräfte. Neben einigen 100 Leuten, die zu Kampfpunkten der Klassenkampf wurden, gibt es in unserer Parteiorganisation naturgemäß eine weitestgehende Zahl von ehrlichen Proleten, die aus irgendwelchen Gründen mit den Notwendigkeiten der neuen Zeit nicht ganz Schritt halten können, die nicht imstande sind, wirkliche Führer des revolutionären Kampfes im höchsten Sinne des Wortes zu sein.

Wir brauchen neues Blut,

neues Blut vor allem aus den Reihen jener Proleten, die in den kommenden Kämpfen eine entscheidende Rolle spielen werden. Die Möglichkeiten dazu sind gegeben. Im Verlauf des Wahlkampfes, um rote Betriebsräte sind viele neue Arbeiterkräfte mit in den Vordergrund getreten. Wenn wir mit ihnen klar über die Aufgaben, die nun stehen, sprechen, werden sie verstehen, daß sie sich in den kommenden Kämpfen annehmen.

Für die die Betriebsräteämtern nur ein Vorstoß waren, als affine Organisationen der roten Front betätigen und daß sie sich durch regelmäßiges Lesen der kommunistischen Zeitung jenes Auktage verschaffen müssen, das sie brauchen, um wirklich Führer der Kollegen in ihrer Abteilung sein zu können.

Auf diese Arbeiter werden wir unsere ganze Kraft konzentrieren. Sie sind es, durch deren Mund vor allem der „Klassenkampf“ zum mitteleuropäischen Proletariat spricht und gerade jetzt.

von der Arbeiterfront mit verstärktem Terror die Stimme der Revolution zum Bestimmen bringen will, wird für die besten Kämpfer der Arbeiterklasse die Parole heißen:

Nun erst recht!

Belegblatt des Stahlwerk Beder fordert Rücktritt des Betriebsrates

Wir berichten kürzlich über den schändlichen Verrat des sozialistisch-schwarzen Betriebsrats im Stahlwerk Beder, der die Direktion eines 15prozentigen Lohnabbaus vorschlug, um angeblich die Stilllegung des Betriebes zu verhindern. Eine von mehreren Hundert Kollegen besuchte Versammlung, in der die Opposition aufgerufen hat, nahm einstimmig zwei Entschlüsse an, in denen das soziale Komitee des revolutionären Betriebsrates gefordert wird, und die Belegblatt für bereit erklärt, die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsoptionen durchzuführen.

„Linke“ SPD. unter Hochdruck

Ihre Zeit-Weichensteller W.B.-Zeitung scheut die Kritik der Mitglieder — Sie bietet dem Volksstaat einen großen Kommunalbetrieb als Gegenleistung für Schutz ihrer Bränden

Nachdem die Sozialdemokraten in der Hochburg der „Linken“, den Kreisen Leipzig und Weissenfels, 4 1/2 Monate verhaftet haben, durch Kapitalflucht Ausnutzung ihrer zahlreichen Verbänden in den Verwaltungen der Landkreise, der Gemeinden, der Wirtschaftsbereichen und im Gewerkschaftsbereich, die Verschärfung eben dieses Umvertrages zur Stromerzeugung der Kreise an die Frage hinsichtlich der Durchführung, legen sie sich zu zeigen, jetzt doch mit einer „Rechtferkung“ an die Öffentlichkeit zu treten. Das Organ der „Linken“, der „Volksstaat“, bringt auf seiner ersten Seite vom Montag, dem 24. März, unter dreipoliger Überschrift: „Gemeinwohl und Privatkapitalismus“ eine Entschuldigende von SPD-Anhängern zu dieser Frage der Verschärfung des Elektrizitätsbetriebs (EWB) an die Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (EWAG) an. Diese Entschuldigende ist ein langweiliges Gemisch aus Entschuldigungen und ein müdes Durcheinander von faulen „Begründungen“ für den durch die beherrschte Kampagne des „Klassenkampf“ den breiten Massen Hangemehreren Verrat der Verbrauchserlöse ein durch die sich gerade hier so radikal gebärdende „linke“ SPD.

Im ganzen tritt die Entschuldigende nach wie vor ein für die Verschleierung des genannten kommunalen Eigentums.

Eine weltfremde Tatsache, die aber aus der Entschuldigende spricht, ist, daß man die Person des Verhandlungsleiters Scharfenberg gegen den der „Klassenkampf“ eine Fülle von Beweisen für seine Unwürdigkeit und Korruption im EWB, gebracht hat, wäufig fallen läßt.

Nicht ein Wort der Verteidigung mehr für diesen korrupten Verräter, den die SPD, aber vor allem die SPD, in den Provinziallandtag und Bezirksausschuss gewählt hat.

Alles ist ausschließlich darauf konzentriert die Stellung der SPD, als Gesamtpartei unter Abtötung des Scharfenbergs wenigstens einigermaßen, wenn auch nur mit faulen Ausreden, vor den Mitgliedern der SPD, und den Vertretern des „Volksboten“ zu „rechtfertigen“.

Wenn es am Schluß ausdrücklich heißt, daß diese Konferenz der Fraktionen des Leipzig und Weissenfelder Kreises, des Verhandlungsausschusses und der Mitglieder des Unterbezirksrates, die bisherigen Maßnahmen des Unterbezirksvorstandes, insbesondere des dortigen Parteivorsitzenden Bergholz (W.B.) gültig und ihm das Vertrauen ausspricht.

So bedeutet das nichts anderes, als daß die an dem Verrat selber Beteiligten sich ein Vertrauensvotum geben.

Die Bürokratie der SPD, in diesen Kreisen wagt nicht einmal mehr, gewählte Delegierte ihrer Mitgliedschaft zu einer politisch aufgelegenen Unterbezirkskonferenz zusammenzurufen und sich nur solchen Funktionären ihrer eigenen Partei zu verschließen, weil sie weiß, daß der

Sturm in den Reihen der Mitglieder der SPD.

mit solchen faulen Ausreden nicht mehr zu befehligen ist, wie sie in der Entschuldigende der Vertreter zum Ausdruck gekommen sind.

Vom dem Inhalt der Entschuldigende wollen wir hier nur zwei Dinge erwähnen, alles übrige müssen wir einer weiteren Behandlung im morgigen Provinzialrat unserer Zeitung vorbehalten. Es wird dort die verlogene Behauptung aufgestellt: „... Eine wirtschaftliche Zwangslage machte die Aufnahme solcher Verhandlungen in gewisser Hinsicht erforderlich.“ (2. h. also die Verhandlungen zur Verschärfung an die EWAG.) Der juristische Vertreter und Beleg der Verhandlungsausschusses des EWB, also der gesetzlich verantwortlichen und leitenden Körperpflicht bescheiden, erklärte am 14. März auf dem Landgemeinbeirat in Zeit: „Die Frage erwartet, daß sie in 3 Jahre eine halbe Million aus dem Unternehmen herauszuschütten kann, und er schloß seine Rede: „Alle diese Gesichtspunkte gehören ebenfalls dazu, daß ich hier aussprechen darf, daß die nicht in einer Notlage sich befindet, die sie zwingt, aus technischen oder finanziellen Gründen verkaufen zu müssen.“ — Damit ist der Satz in der Entschuldigende der Anhängern als ein dreifacher Schwindel entlarvt, wie wir es auch schon duldigende von Malen im „Klassenkampf“ nachgewiesen haben.

Zum Schluß noch einige Worte zu einem anderen Punkt der Entschuldigende, wo es heißt: „Die Kommunalen lassen sich zum Vorspann für die die privatrechtliche Spektulationen gebrauchen, sie wollen Sonderüberwälte für die Kreise, also indirekte Steuern aus dem EWB, herauszuschütten.“

Auch dieser Schwindel ist ebenso dreist wie dumm. Wir haben vom ersten Tage unserer Kampagne die Forderung auf

Senkung der Strompreise für die Massen der Verbraucher und die direkte öffentliche Kontrolle durch Vertreter der Arbeiterklasse als das Ziel unseres Kampfes gestellt.

Im heutigen Provinzialrat unserer Zeitung veröffentlichten wir eine Antwort auf eine Bemerkung des „Volksboten“ vom Sonnabend und eine Reihe von Entschuldigenden aus öffentlichen Versammlungen und Gemeindefreizeitungen, in denen auch dieser unter Standpunkt ganz offen zum Ausdruck kommt.

Der Versuch, den die „Linke“ unternimmt, ihre Niederlage in dieser Korruptionsaffäre zu verschleiern hinter der Phäre des Kampfes um sogenannte „Gemeinwohl“ gegen Privatkapitalismus wird ihnen guldanden gemacht durch die erfolgreiche Kampagne, die in den Zeit-Weichensteller Kreisen von der Kommunistischen Partei geführt wird zur

Stabilisierung der Massen der Verbraucher, um die vorhandene Verteilung in der SPD, dahin zu treiben, daß die Schieber der „SPD-Sonntag-Konferenz“ vor ihren eigenen Mitgliedern ihren Verrat nicht mehr zu verteidigen wagen und die Verschleierung des EWB, an den Volksteil wie direkt an das Privatkapital unterbanden wird!

der Finanzminister beantragt, gemeinsam mit dem Reichsrat ein langfristiges

Stempelprogramm

aufzuheben, das die Grundlage für die dem Reich verfallenden Steuerentlastungen und die weitere Senkung der sozialen Ausgaben bildet. 600 Millionen sollen auf diese Weise im nächsten Jahr eingepart werden.

Während der Notetat der Regierung im allgemeinen zur Viertel der Mittel für 1929 bewilligt, wird zur Förderung des öffentlichen Auftriebs, also zur Stärkung der Kriegserlöse,

ein Drittel der im neuen Etat vorgesehenen Mittel (1929) gegenüber 1929 werden für die Luftfahrt (1929) 34 Millionen, 38 Millionen angefordert.

Der Reichsfinanzminister hat die Finanzsachverständigen-Konferenzpartei zu einer Besprechung für heute Vormittag laden, nachdem getrennt schon Volkspartei und Zentrum miteinander verhandelt haben.

Die Hungerbeschlüsse des Reichsrats, die nach den Vorstellungen der sozialdemokratischen und sozialistischen Koalitionsminister in den Stimmen der sozialdemokratischen und sozialistischen Abgeordneten gefaßt wurden, sind eine Wunde an alle sozialistische Demagogie über die angeblichen „Ersparungen“ des Young-Planes.

Ersparungen bringt der übertriebene Young-Plan für die Bundesrat, für die Proleten bringt er höhere Steuern und 300, wachsende Ausbeutung, fortschreitende Kapitalflucht, Nationalisierung, Massenarbeitslosigkeit, Hunger und imperialistische Kriege.

Die Reichsratsbeschlüsse sind aber auch eine Antwort auf die Demagogie des „Volksblatt“, das in seiner geliebten Nummer so wie die ganze sozialistische Presse — den Einbruch zu wehen sucht, als lämpfe die SPD gegen die „sozialistische Wirtshaft“. Auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Arbeiterpartei hat Herr Scholz, ihr Vorsitzender, in seiner Rede sehr mehr ausdrücklich erklärt, daß man

die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne,

die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne, die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne,

die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne, die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne,

die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne, die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne, die SPD, auf die Dauer nicht aus der Regierung auswechseln wollte und könne,

England schlägt der Flottenkonzern Bergheit Zün-Mächteabkommen vor

(Eig. Draht.) London, 25. März.

Der „Daily Mail“ wird von einem Sonderberichterstatter berichtet: Getrennt am letzten Nachmittag ist den Delegierten der Flottenkonzern von britischer Seite ein ganz neues Programm unterbreitet worden, der betragt, es sollte jetzt ein Dreierpakt zwischen Amerika, Großbritannien und Japan abgeschlossen werden und die Konferenz sollte sich dann für jedes Monate tagen, um der französischen und der italienischen Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Meinungsäußerungen bezüglich Voraussetzung würde dabei sein, daß während jeder Zeit mehrmals in Frankreich nach Italien ihre Flotten abgebaut werden (1930 bis 1935). Es versteht sich, daß die Flotten der drei Nationen in gleichermaßen und Italien günstig aufgenommen werden, während die Franzosen sich zurückhalten.

Zalt sämtliche Kreuzfahr Kirchen mit revolutionären Parolen bemalt

Krefeld, 23. März.

Am 14. März sind vom Polizeipräsidenten mitgeteilt: In der vergangenen Sonntag sind alle Kirchen mit roter Farbe bemalt worden folgende Sätze standen am frühen Morgen den Kirchen: „Religion ist Opium! Nicht Rom gegen Welt sondern Arbeiter gegen Kapital!“, „Fort mit Rom, für Sozialismus!“ usw. Die politische Unternehmung ist bis zur Stunde ergebnislos geblieben.

Kommunikationskurm auf Zülförgeheim Struveshof

Unter dieser oder ähnlichen Überschriften brachte die sozialistische Presse am 24. März die Nachricht, daß 120 Jungkommunisten im letzten Moment vor dem Sturm auf den Zülförgeheim Struveshof verhaftet worden seien.

Das ganze Geschehen von einem beachtlichsten Sturm auf den Anhalt ist nichts als ein frecher Schwindel und die Verhaftung der Jungkommunisten ist ein weiterer Schwindel der Polizei. Nach dem die in der Höhe der Anhalt Struveshof wurden die Polizei überfallen, festgenommen und über einen Tag in der Bamber Polizeistation gefangengehalten. Selbsterklärend ist die Jungkommunisten inwieweit wieder freigelassen werden.

Es ist nicht das erstemal, daß unter dem pseudonimen Demos-Hensonsor-Ausflüchtler von Polizei überfallen und festgenommen wurden. Es ist schon schon am 23. März auf einem Nachtzug und in der Höhe der Anhalt Struveshof wurden die Polizei überfallen, festgenommen und über einen Tag in der Bamber Polizeistation gefangengehalten. Selbsterklärend ist die Jungkommunisten inwieweit wieder freigelassen werden.

Es ist nicht das erstemal, daß unter dem pseudonimen Demos-Hensonsor-Ausflüchtler von Polizei überfallen und festgenommen wurden. Es ist schon schon am 23. März auf einem Nachtzug und in der Höhe der Anhalt Struveshof wurden die Polizei überfallen, festgenommen und über einen Tag in der Bamber Polizeistation gefangengehalten. Selbsterklärend ist die Jungkommunisten inwieweit wieder freigelassen werden.

Die Papstheke und ihre Hintergründe

In einem ausführlichen Artikel über die vom Vost ein- geleitete kirchliche Antifolietampagne schreibt die „Fr a n d a“: „Die Kampagne des schwarzen Waffenscheeres ist darauf be- zogen, breite Schichten des Episcopates, die durch die Schläge der Weltanschauung ruiniert Kleinbürgergeist, die rüch- tigen Schichten der veredelnden Bauernschaft und mancher- arts auch einzelne Gruppen rüchziger Arbeiter in Sowjet- staatliche Bahnen einzubringen. Die Ergebnisse des Antifolietages lassen erkennen, daß auch diese Schichten auf den Ader der „Revolution“ und sonstiger Vorkämpfer sozialistischer Geistes nicht angegriffen haben.“

Die Ursachen des Ausbruchs sowjetischer Handlungen gegen ein in jener außerordentlich wichtigen Wirt- schaftskräfte befehlen hat. Von der Tribüne des eng- ländischen Parlaments herab haben der Liberale Lloyd George und der Sozialist Thomas bereits zugegeben, daß die kapitalistische Welt in eine Phase der internationalen Wirtschaftskrisis geraten ist.

Die Bankiers des bis an die Wurzel verfaulten kapitalisti- schen Englands, die französischen Bürokraten und ihre Helfer und die Leiter der größten deutschen Trusts sprechen sich täglich vom internationalen Charakter der ausbleibenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kapitalismus.

Eine direkte Auswirkung der Weltkrise ist auch die Tatsache, daß die Gegensätze zwischen den größten kapitalistischen Mächten in die Phase einer neuen Verschärfung getreten sind. Trotz aller positiven Maßnahmen der Imperialisten, trotz des unendlichen positiven Geschwäges zeigt der Wochens des neuen imperialistischen Gemeinlebens inmitten der „Abstufungs- kampfungen“ und Tagungen zur allgemeinen Regelung der Kolonialindustrie, der farnodischen Zolltarifenkonferenzen usw. kein Blattes Antik.

Angesichts der unermesslich wachsenden Arbeitslosig- keit, des wütenden Anflusses der Bourgeoisie und des Sozial- schismus auf die Arbeiterschaft, betreten immer neue und neue Schichten des Proletariats den Weg des revolutionären Kampfes.

Die millionenfachen Kolonialkriegen der prola- riaten Revolution eilen den kämpfenden Arbeitern zu Hilfe und schlingen um die kapitalistische Welt den Flammengürtel der Kolonialkämpfe. All das weist in den Reihen der Imperialisten die größte Belohnung um die Grundstein der kapitalistischen Ordnung.

Die zweite ausschlaggebende Ursache der anschwellenden hinterfeindlichen Tendenzen des Imperialismus sind die Fort- schritte des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, der gewaltige Schwung der Industrialisierung und der Heber- gang der Millionenmassen der Bauernschaft zum Sozialismus und zur Abwanderung des Kulakentums als Klasse.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist der stürmische Aus- bruch des spanischen Kampfes proletarischer Massen in den kapitalistischen Ländern gegen die niederdrückende Wirt- schaftskrisis. Es verleiht keinem Zweifel, daß es unter der Bourgeoisie an der nächsten Einmütigkeit fehlt, daß es unter der Arbeiterschaft an den Baumstümpfen, zu denen das Spiel mit dem Feuer führen kann, Rücksicht ablegen. Besonders wichtig sind aber die proletarischen Demonstrationen gegen die Kampagne des Papstes, die den Imperialisten andächtig greißel haben, daß ihre „geistliche“ Waffe gegen die Sowjetunion mit Hoff be- steht ist.

Der gewaltige Ausbruch der Klassenolidarität des Welt- proletariats mit der Arbeiterheit der Sowjetunion, der in allen kapitalistischen Ländern wahrgenommen wurde, zeigt, daß das Land des Regimes Sozialismus allerorts im Hintergrund der Weltimperialismus einen überaus liechten Ver- ständnis hat, der bereit ist, das Land der proletarischen Dis- ziplin so zu verteidigen, wie er es in den Jahren des imperia- listischen Einbruchs von 1918 bis 1920 verweigerte.

Die Arbeiter der Sowjetunion haben dem sowjet- lichen Gebot der Rindennetze der Bourgeoisie einen Sturm der Entschlossenheit und des Trotzes entgegengeführt. Der Zu- sammenhang der Arbeiter um das Banner der bolsche- wistischen Partei, ihr Hoch gegen den Imperialismus und ihre geistlichen Soldaten, ihr brennendes Interesse an den Sieg

Weltimperialismus rüstet zum Angriff

Schmiedet einen stählernen Ring der Verteidigung um die Sowjetunion

Die Tagung in Esen

Esen, 27. März. Auf der 11. Internationalen Konferenz des Bundes der Freunde der Sowjetunion drönmarte Genosse Wä n z e r g in seiner Eröffnungsansprache das Vorhaben der deutschen Regierung, die dem Vertreter der Gewerkschaften der Sowjetunion, J e f i m o w, die Entreise verweigert hat. Ein Genosse überbrachte der Tagung die Grüße des R u d r o p r o l e t a r i a t s.

Zum ersten Tagesordnungspunkt: Die Lage in der Sowjet- union und das erste Jahr des Fünfjahresplans, hielt das Referat Genosse W ä n z e r g (Bund der Freunde der Sowjetunion Deutsch- lands). Er umsch in großen Zügen, mit Zahlenmaterial belegt, die stürmischen Erfolge der Sowjetunion auf allen Gebieten und stellte sie der Krisenlage und der fortgeschrittenen Veredelung der Vorkämpfer in den kapitalistischen Ländern gegenüber. Der Bund der Freunde der Sowjetunion muß zu einer roten Armee der Ideologischen Auffklärung über die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion unter den Vorkämpfer und ihrer Auffrischung

zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaus werden. Die Dis- kussion war sehr lebhaft.

Die Sonntag-Tagung begann mit dem Referat des Genossen Tom K e i l l (Großbritannien) zum 2. Tagesordnungspunkt: Die wirtschaftliche Lage, die Kriegswirtschaften gegen die Sowjetunion und das Kom- p l e x p r o g r a m m des Bundes der Freunde der Sowjet- union.“

Die gegenwärtige verärferte Antifolietage, die Vorberei- tung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion, wird durch vier Faktoren bedingt: 1. Durch die schwere Krise der kapitalistischen Wirtschaft, deren wichtigstes Symptom das unge- heuere Arbeitslosigkeit, die endgültige Ausplattung von 14 Millionen aus dem Produktionsprozeß ist. 2. Durch den Aufstieg der revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, die ausgeprochenen Angriffskampfer trägt. 3. Durch den Aufschwung der revolutionären Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien, wo die proletarische Bewegung zur treibenden Kraft der Revolution geworden ist. 4. Durch die Fortschritte des sozialistischen Aufbaus auf dem Gegenpol der kapitalistischen Welt, in der Sowjetunion, die aufrüttelnde Wirkungen auf die Vorkämpfer aller Länder haben.

Arbeiter durchbrechen Polizeifordern

Freilassung verhafteter Arbeiter erzwungen
Paris, 24. März. Im roten M o r e z, wo die Belegschaften der Betriebe nach langen Streikwunden mit Erhöhungen ihrer Stundenlöhne von 25 bis 50 Centimes in die Betriebe zurück- geleitet sind, kam es bei der Ankunft des revolutionären Ge- werkschafters André D a n r e z, der während des Kampfes zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, zu sehr heftigen Zwischenfällen.

Die Arbeiter hielten ihren Vorkämpfer vom Bahnhof ab und jammelten sich zu einem Demonstrationsszug unter dem Gelänge revolutionärer Lieber, als sie von den Mobilitäten angegriffen wurden. Der Angriff wurde jedoch zurückgewiesen, und die Demonstration nahm ihren Anfang. Einige hundert Meter weiter kam es bei einer neuen Sperrfeste der Polizei zu neuer Zusammenstößen, wobei die Polizei zurückgelassen wurde und sogar vier verhaftete Arbeiter wieder freilassen mußte.

Klassenkampf in den Kasernen

Die „Humanität“ veröffentlicht eine Reihe von Briefen von Soldaten des Pariser Militärtribunals, woraus sich ergibt, daß zum 8. März nicht nur alle Kasernen gesperrt waren, sondern auch die Bourgeoisie in den Kasernen außerordentliche Maßnahmen getroffen hatte, um im Notfall die „minder gefahr- lichen“ Elemente auszusaugen und die anderen Soldaten durch entsprechendes Eingelenken von ihrer Klassenpflicht abzuhalten. Dazu bediente man sich in den einzelnen Regimenten der Re- v o l u t i o n, in anderen der E n g a g e r t e r u n g u n d M o b i l i t ä t e n in den Kasernen, in anderen wieder der W o h l t ä t i g k e i t s p r o p a g a n d e, der R e g i m e n t s f e s t e, der Reben von Offizieren gegen die Sowjetunion oder gegen das Pariser Proletariat.

Aus den Briefen der Soldaten geht auch noch hervor, daß man jetzt bei jeder Rundgebung des Pariser Proletariats in den Kasernen einen gereinigten Kriegszug auf und mit Hochrufen, Ergänzungsmaßnahmen usw. einführt.

Konferenz Sowjetunion - China

Moskau, 23. März. Aus Ch a n g h a i wird gemeldet: Der Vorkämpfer der Verwaltung der Chindinbahn, W o t e r u i, er- klärte Pressevertretern, er benötigte, sich am 10. April zur Konferenz zwischen der Sowjetunion und China nach Moskau zu begeben.

des sozialistischen Fünfjahresplanes, all das mit größter Kraft in der proletarischen Protestbewegung, die sich über das gesamte Gebiet der Sowjetunion ergoß, zu Tage getreten.

Diese Welle wütht und steigt. Sie kommt zum Ausdruck in den Massenversammlungen und Demonstrationen, in dem neuen Zutrom der Arbeitermassen zur bolsche- wistischen Partei, in der Begeisterung in den Fabriken und Werken der Sowjetunion, die sich zu Stöckbetrieben erheben. In den Untrübnungsdor der Arbeiter und Bauern- millionen stimmen gleichzeitige Wirtschaffskämpfer und Techniker ein, welche Hand in Hand mit dem Proletariat an der Führung der gemaltigen wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Aufgaben arbeiten und den Wert des „Christentums“ des Papstes und seiner widerwärtigen Wehr nicht erkennen. Die gesamte Sowjetunion hat in diesen Tagen ihre Bereitschaft kund- gegeben, den freien imperialistischen Wäubern unter schützte- lichen W i d e r s t a n d entgegenzutreten.

Neue Senkung des Reichsbank- diskonts

Nach weiterem Sinken der Zins- und Diskontsätze in Ne u- york und London hat die Reichsbank abermals ihren Diskontsatz um ½ Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt.

Anfolge der erhöhten Zinspanne gegenüber dem Auslande ist es den deutschen Großbanken möglich, in größerem Umfange kurzfristige Auslandsdarlehen zu erhalten. Deswegen ist der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank in den letzten Monaten wieder beträchtlich gewachsen. Im Interesse der Großbanken wird der Abbau des Reichsbankdiskonts veranlaßt worden, da mit dem in größter Geschwindigkeit befristeten Kommunon Wä- chserzins bei den neuen Kreditbewilligungen abgenommen werden konnten. Nach der Annahme des Young-Plans werden zahl- reiche Verhandlungen über neue Auslandsdarlehen von den deutschen Großbanken geführt werden. Ihnen soll der niedrigere Reichsbankdiskontsatz zugute kommen.

Gewaltige Erfolge des „Gigant“

Moskau am Don, 23. März. In der Sowjetwirtschaft „G i g a n t“ ist die Arbeit Tag und Nacht im Gange. Im heutigen Tage angefangen, wird die Frühjahrsernte in allen Teilen dieser Sowjetwirtschaft entlastet. Der „Gigant“ wird täglich 9000 Hektar Land bestellen. Trotz der kalten Witterung wird in zwei Schichten gearbeitet. Die Samenarbeiten werden nachts ebenfalls beleuchtet. Dank der rationellen Ausnutzung der Maschinen wird die Zugkraft für die Auslast in Kollektivwirt- schaften mit einer Gesamtfläche von 13 000 Hektar freibleiben.



16. Fortsetzung.

„Ich weiß, was du meinst, Klaus. O, man hat noch so viel Zeit zum Denken! Die Zahlen werden in meinem Hirn zum Ritz. Die Welt zum Kampfbühnen von Räubern, die Menschen in Menschen dieser Räuber.“

„Ich sehe, wie die Kapitalmassen der Großkapitalisten und Bankkongerne in fremde Länder wandern. Ich sehe aus diesem Welt Eisenbahnen, Straßen, Veredelungsanlagen, Gaslinien, Bergwerke wachsen. Ich sehe, wie die Intelligenz dieser Länder durch dieses Geld korumpiert wird, wie Armeen entstehen, um den erognannten Reichtum zu schützen und um die Proletarier niederzuhalten und auszubeten. Ich sehe, daß der Kapitalis- mus diese verzerrende Politik auf die Spitze treiben mußte, weil die Eier nach Profit ihn über den ganzen Erdball jagt, und jetzt der Kampf der Räuber untereinander entbrannt ist. Ich sehe, daß Cerarjow nur Anlauf, nicht Ursache war. Ich sehe, daß die „heiligsten Güter der Nation“ überall die gleichen sind. Ich sehe, wie die Menschen verelendet sind; Menschen, die nichts weiter können, daß sie als Deutsche, als Engländer, als Fran- zosen, als Russen geboren sind, hülflos sich aufeinander, Väter auf andere Väter, Söhne auf andere Söhne, Mütter beten für ihre Söhne um den Segen Gottes und um den Fruch Gottes zu beten. Ich sehe, daß nur das internationale Proletariat diese Hydra vernichten kann, daß allein auf der inter- nationalen Solidarisität der Proletariat die Menschheit sich verheben kann aus der Schande des verzerrenden Kapi- talismus. Ich sehe die Opfer dieses Verelendens vor mir: 1913 Tote, 159 165 Verwundete, 55 522 „Bermühte“ in ein- und zwanzig Monaten, fünfundsiebzig bis dreißig Millionen Men-

schen watten darauf, übereinander herzuwühlen. Ich sehe das, Klaus. Aber ich sehe, wie die Menschen die Wahrheit melben wie die Welt.“

„Was fragst du noch, wir sind Soldat!“

„Ich habe nichts hören, sonst geht es dir dreifig,“ sagt ein Arbeiter zu mir, der mit ein Bild von seinen Kindern zeigte.

„Wache raus!“

„Was machst du für ein Gesicht, Behold“, sagt Wehloff. „Denk wohl an deine Magda, müßt schon noch acht Tage warten.“

„Wird so bald vorbei sein, die ganze Schule“, meint Nummer. „Wenn sie erst Ansetzen haben, ist der Husten bald aus, die Engländer sind mit unseren Zepellinen bald ausgeräudert. Wir werden wohl gerade noch zurechtkommen, um den Einzug in Paris mitzumachen!“

Sophie wohnt nicht mehr bei Annas Schwester — auch daran bin ich nicht unbeding. Ihr „Karl“ ist Schneider und erhebt regelmäßig Sonntagsabends auf Urlaub. Er geht nicht in der Garnison — in Stabe — den Krieg abzumarten und blüht sich in seiner schön liegenden Uniform wie ein Kater. Mögen die andern grammeme in die Luft fliegen, wenn nur ihr Karl warm liegt. Ein Tag das nicht, aber sie liegt dem herzerzitterten sein Kammer feigt gegenüber. Sie hat nur Anlag, daß ihr Karl dort einem andern im Käubuden übertröffen werden und abschimmern könnte.

Ihr Karl glaubt, daß ihn so leicht keiner „auslöchen“ kann. Gelehrter ist er schon gewesen. Seine langem Haare trägt er seitdem noch länger. Sie saßen ihm wie eine vermalterte Perrücke über seinen ausdrucklosen Schädel. Seine glottrifizierte Frage unter dem schmutzigen Haargarten verriet nur zu deutlich, daß ihn an Hinterlist und Verschlagenheit so leicht keiner übertrumpfen kann. Auf allen Schritten und Tischen stehen Bilder von diesem Germanen. Ich bin sein Freund nicht mehr, und Dirschen höst mich, weil ich ihnen ins Gesicht sagte, daß sie die Erbärmlichkeit in Berlin sind.

Sophie bewohnt eine separate Stube. Die Einrichtung besteht aus einem alten Chaiselongue, einem Tisch, vier Stühlen und einem gebrauchten Schrank. An der linken Vorderwand

erhebt sich ein altarähnliches Volkament. Ueber diesem liegt ein großer Schalk.

„Ich hatte die ganze Woche keine Ruhe“, sagt Sophie, „ich dachte immer daran, daß du vielleicht wieder keinen Urlaub bekommen könntest.“

„Wir haben alle Urlaub bekommen.“ Ich lache das absicht- lich mit Nachdruck. Warum soll ich verschimmeln, daß dies der Generalurlaub vor der Abfahrt an die Front ist?

Sophie deckt den Tisch, während ich mich ansiehe. Wir setzen uns gegenüber — wie Mann und Frau — und essen. Wir wollen noch zu Anna und Martha gehen. Ich will noch mit Klaus und Alfred sprechen.

Wir machen uns fertig und multiern uns gegenseitig. Ihre Augen liegen so tief. Ihre hohe Gestalt bemerkt sich — scheint mir — unähnlicher als sonst. Sie hat noch dies und das ge- rechtigungen, ist so geirret.

„Ich stehe an der Tür und warte, bis sie fertig ist und gehen.“ So, jetzt können wir gehen. Halt du auch nichts des- wegen?“

Sie lacht schmerzlich und abwehrend und dennoch so ver- lassend, daß mich lächelt, als sei ein Kuß auf diesen Mund allein ein Leben wert.

So dürfen wir noch. Wo wir nach einer Weile gehen, wissen wir: diese Nacht ist unsere Hochzeitsnacht.

Wir werden von Anna und Klaus mit netenden Bemerkungen empfangen und lassen uns alles gern gefallen. Anna lächelt mit so gealtert; an ihren Schläfen schimmern graue Strähnen durch, aber sie freut sich. Martha hat Nach- schicht, und kommt erst nachts um zwei Uhr. Sie will uns morgen besuchen.

Klaus ist wenig redlich, wie immer. Ich weiß sein Schwelgen zu deuten. Ich habe ihm einen vier Setzen langen Brief geschrieben. Ich weiß, es ist Unfuss, was dort steht. Ich weiß, daß ich noch monden Sturm ertragen muß, ehe ich so ruhig werde wie er. Aber laßt mich doch auch einmal auf- schreien, ich muß schreien, sonst geht ich zugrunde!

Als ich nach Alfred frage, sehen sich Klaus und Anna an. Dann jagt Klaus: Alfred muß nächste Woche Mittwoch auch fort. Er hat schon Bescheid. Sie konnten ihn nicht mehr halten, lagte man ihm, weil er altio ist.“

(Fortsetzung folgt)

Das Finanzprogramm des sozialistischen Aufbaus

160 Milliarden Mark aus eigener Kraft für sozialistische Umgestaltung — Jährliche Investition von 32 Milliarden Mark — Sozialistische Akkumulation das Vierfache deutscher Kapitalbildung

16 Personen vertriehen in Moskau das fähigste wirtschaftliche Experiment, das die Geschichte kennt. ... Sie haben einen sorgfältig durchgearbeiteten Plan für die nächsten fünf Jahre auf und bestimmen die Grundlagen für die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft für die nächsten 15 Jahre. ... Nehmen wir an, daß man sie morgen erlöschend nach Washington zu begeben ... und den Eisenbahnen, Kraftwerken, Kohlengruben, dem Finanzministerium, den Banken und dem Handel Anweisungen zu geben, wie sie während der nächsten fünf Jahre ihre Investitionen und ihre Anstrengungen zu verwalten, Produktion und Absatz planwirtschaftlich zu regeln haben. Selbst Henry Ford würde vor einer solchen Aufgabe zurücktreten.

(Aus den Artikeln des amerikanischen Nationalökonomischen Austausch Chas in den „New York Times“.)

Man kennt den Ausdruck, daß zur Führung eines Krieges „Hörner Augen“ notwendig sind. Die kapitalistische Welt war anfänglich fest davon überzeugt, daß es der Sowjetunion unmöglich sein würde, diese „Augen“, d. h. die finanziellen Mittel für die Entscheidungsschlacht gegen die letzten Ueberreste des Kapitalismus im Lande zu mobilisieren. Sie war um so mehr davon überzeugt, als sie nicht nur alles getan hatte, um der Union den Zutritt ausländischen Kapitals in Form von Krediten abzurufen, sondern auch, um den Aufbau, die Kapitalbildung in der Sowjetunion selbst durch „materielles und moralisches“ großzügig unterstützte Schädigungsorganisationen zu durchkreuzen.

Die Schädigungsorganisationen waren, wenn man so sagen kann, der letzte Trumpf der „friedlichen“ Befähigung der Sowjetmacht, ein Verfall, sie von innen zu unterhöhlen. Er ist jetzt, nachdem die Untergrabungen in Verbindung mit dem berühmten Schicksal-Brot alle Zulammenhänge und die unmittelbare Beteiligung des internationalen Kapitalismus mehr oder weniger richtig aufgedeckt haben, endgültig zusammengebrochen, wenn es auch sicherlich nicht an weiteren Anschlägen auf die wirtschaftliche Macht des Sowjetstaates fehlen wird.

Das umfangreiche Untersuchungsmaterial hat aufgezeigt, daß die planmäßig aufgestellten Schädigungsorganisationen in die in den ersten Jahren der Gründung des Arbeiter- und Bauernstaates zurückzuführen, und daß ihre Taktik sich nach der jeweiligen internationalen Lage der Sowjetunion richtete.

Detardings Traum und Enttäuschung

Als die Hoffnungen auf einen solchen Sturz der Sowjetmacht durch die Intervention und Blockade gescheitert waren — damals bestand die Aufgabe der Schädigungsorganisationen darin, die bestehenden Betriebe im Interesse der allein Beherrschung zu erhalten, die Organisation neuer zu verhindern usw. — stellte man der Sowjetregierung in verschleielter Form die ultimative Forderung (Genewa-Konferenz 1922), die nationalisierten Unternehmen an die ausländischen Eigentümer zurückzugeben oder sie durch Gewährung von Konzessionen zu entschädigen. Mit anderen Worten, man wollte die Stützpunkte des Kapitalismus wiederherstellen und dadurch das Sowjetregime allmählich liquidieren. Auch dieser Plan zerbrach.

Darauf bezog man diese Stellung, man stellte nunmehr als Ziel die Auslösung häufiger innerer Krisen durch künstliche Drosselung der Produktion bestimmter Industrien und falsche Kapitalallozierungen mit Hilfe der in den Sowjetapparat übernommenen technischen Kräfte, der alten Ingenieure, die früher entweder falsche Kapitalisten oder durch falschen Erlaßung sowjetfeindlich eingestellt waren. Durch solche Krisen sollte die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion in dem neuen Interventionskrieg, den man schon seit 1927 vorbereitet, und zu dem man besonders heute aktiv rüstet, geschwächt werden.

Der offene Krieg gegen die Sowjetunion scheint dem internationalen Kapital jetzt die einzige Rettung vor dem unvermeidlich näher rückenden Untergang. Man spekuliert auf die „Unmöglichkeit“ der von den Bolschewiken in Angriff genommenen Industrialisierung und ... verpetulierten sich. Man glaubte, der brache Rußland das allein Kaufhaus würde dem Sozialismus die Zähne weilen und ... daß sich entäußert. Wie es zu dieser Entäußerung kommen mußte, haben wir in den beiden vorigen Artikeln ausführlich geschrieben. Man dachte sich schließlich, ein Arbeiter- und Bauernstaat könnte nie und nimmer ohne Kapitalisten die für den Aufbau erforderlichen ungeheuren Summen aufbringen und ... ist wieder geschehen.

Die Kapitalinvestitionen — die den zentralen Punkt des Fünfjahresplans, seine Grundlage bilden — ausschließlich aus eigenen Kräften, sind aber tatsächlich eine Aufgabe, an der jede auf dem Profitprinzip, auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, auf der Verelendung der werktätigen Massen, die die Werte schaffen, aufgedaute Gesellschaft scheitern muß.

Vorausgesetzt ist, daß wir uns bei der Darstellung der Investitionsprogramme, wie sie im Fünfjahrplan festgelegt und gegenwärtig nach dem ersten Jahr der praktischen Ergebnisse zum Teil bereits überholt sind, darauf beschränken müssen, nur einen Auschnitt zu geben, die wichtigsten Momente, die Richtung aufzuzeigen.

160 Milliarden Mark

Entscheidend für eine radikale Rekonstruktion des gesamten Wirtschaftssystems ist die Tendenz der Kapitalinvestitionen und die damit im Zusammenhang stehende Bewegung der Grundkapitalien. Sehr lehrreich ist der Vergleich zwischen dem Umfang und der Struktur der Investitionen im Jahresfrist 1923/24 bis 1927/28 und in der gegenwärtigen Rekonstruktionsperiode von 1928/29 bis 1932/33. Er zeigt die neuen Kräfte und Möglichkeiten in der Sowjetunion. Während im abgelaufenen Jahresfrist die Gesamtsumme der Investitionen nur 26,5 Milliarden Rubel betrug, hebt der Fünfjahrplan in einer ursprünglichen Fassung 64,6 Milliarden Rubel (und nach den neuesten Angaben sogar 80 Milliarden Rubel oder etwa 100 Milliarden Mark) vor.

In der Wiederbauperiode waren die Aufgaben einfacher. Die Zahl der neuen Bauobjekte und ihre Umfang waren relativ klein. Ganz anders verhält es sich im neuen Jahresfrist,

dessen erstes Jahr vor kurzem mit den bekannten großen Erfolgen abschloß.

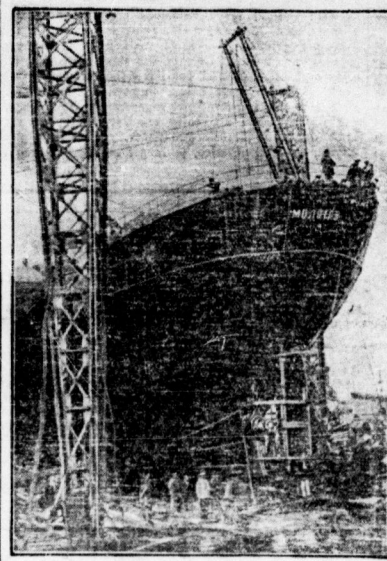
Die Gesamtsumme der Investitionen wuchs fast um das Dreifache, in der Industrie um das Vierfache (von 4,4 auf 14,6 Milliarden Rubel), in der Elektrowirtschaft fast um das Vierfache (von 0,8 auf 3,1 Milliarden Rubel), im Verkehrswesen um mehr als das Vierfache (von 2,7 auf 10 Milliarden Rubel) usw.

Um eine richtige Vorstellung von der Bedeutung dieser gewaltigen Summen zu vermitteln, führen wir die in Deutschland 1927 nach Angaben der Reichsbankgesellschaft durchgeführten Investitionen an. Es wurden in diesem Jahr insgesamt 12 Milliarden Mark investiert, davon (nach Angaben der Reichsbankgesellschaft) aus inländischen Mitteln 7,6 und aus ausländischen 4,4 Milliarden.

Die auf sich selbst angelegene Sowjetunion, die dazu noch eine durch den Krieg und hauptsächlich den Bürgerkrieg fast vollständig zerstörte Wirtschaft übernahm, investierte im abgelaufenen Jahresfrist durchschnittlich jährlich 5,3 Milliarden Rubel oder ungefähr rund 11 Milliarden Mark.

In dem gegenwärtigen Jahresfrist entsaften auf die jährlichen Investitionen bei einer Gesamtsumme von 64,6 Mil-

Holzfrachtdampfer Molotow



Das neuerbaute Schiff vor dem Stapellau

liarden rund 13 Milliarden Rubel oder 26 Milliarden Mark und nach den neuesten Berechnungen (bei einer Gesamtsumme von rund 80 Milliarden) jährlich 16 Milliarden Rubel oder 32 Milliarden Mark, d. h. soviel wie Deutschland in etwa vier Jahren in letzteren würde.

Der Hinweis, der hierbei gemacht werden könnte, daß Deutschland aus dem Erträgen der Wirtschaft solche Summen hinaus aus dem einfachen Grunde nicht freimachen kann, weil es für die Reparationszahlungen aufkommen muß, ist nicht richtig, da diese bisher praktisch mit den ausländischen Anleihen bezahlt wurden. Den 9 Milliarden Reparationszahlungen stehen 17 Milliarden Anleihen im Auslande gegenüber.

Das Investitionsprogramm des Fünfjahrplans

Es muß dabei berücksichtigt werden, daß das neue Jahresfrist die schwierigste Periode der Rekonstruktionsperiode darstellt und daß Investitionen hauptsächlich oder zu einem sehr großen Teil in Bauobjekte erfolgen, die erst nach Ablauf einer längeren Zeit einen Effekt zeigen werden. Es kommt darin die Plan-

Vom sozialistischen Aufbau

In Leningrad ist bei den Roten Putzwerkstätten eine neue große Abteilung für Traktorenbauteile in Betrieb genommen worden, die zusammen mit der neuen Schmiedewerkstatt (Eröffnung 1. April) tatsächlich die neuen selbständigen Traktorenfabrik auf dem Gelände des „Krasny Putzwerk“ bilden wird.

Die mechanische Werkstätte der Stalingrader Traktorenfabrik (Traktor Stal) hat den ersten Traktor hergestellt. Diese erste sowjetische Traktorenfabrik, ein Riesenwerk auf einer jährlichen Produktionsleistung von 80.000 Traktoren, wird bereits am 1. Juli dieses Jahres in Betrieb genommen werden.

In der Umgebung von Leningrad ist in Reborfrit eine Kupferfabrik erbaut, die ihrem Umfang nach die größte Europas ist.

möglichkeit der Investitionen, die Verbindung mit dem allgemeinen Wirtschaftssprogramm zum Ausdruck.

Grundlegende Bedeutung hat nach wie vor die gesteigerte Energieerzeugung der Wirtschaft. Es ist ein bekannter Grundsatz: Was das Zeitalter des Dampfes das Zeitalter der bürgerlichen Gesellschaft, so charakterisiert die Elektrifizierung das Zeitalter der sozialistischen Gesellschaft. Wir haben in unseren früheren Ausführungen gezeigt, mit welcher Riesenschnelligkeit die Landwirtschaft der Union sich der riesigen Bergesellschaft nähert. Dementsprechend ist auch auf die Elektrifizierung der Landwirtschaft starkes Gewicht gelegt.

Neben der Entwicklung der Elektrowirtschaft gehört der Ausbau der Brennstoffbasis zu den Voraussetzungen, von denen die Erfüllung des übrigen Programms abhängig ist. Weiter ist die verstärkte Entfaltung der Hüttenproduktion und Maschinenfabrikation, auf die ebenfalls schon früher eingegangen wurde, zu nennen. Hier betragen die Investitionen etwa 4 Milliarden Rubel oder etwa 8 Milliarden Mark.

Der Heroismus der Massen

Diese gewaltigen Investitions- und Bauprogramme hängen einerseits auf die Entwicklung der Technik und andererseits auf die Aufbringung ungeheurer Mittel. Es sei nochmals betont, daß das kapitalistische Ausland in diesen beiden Punkten unüberwindliche Schwierigkeiten für die Sowjetunion sah. Man weiß aber heute, daß die Technik und die Modernisierung der Betriebe in der Sowjetunion bereits große Fortschritte zu verzeichnen hat. Das technische Bildungswesen, Arbeitererziehungen usw. haben sich schon im ersten Stadium der Rekonstruktion über alles Erwarten ausgezehrt.

Was die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen der Bauartigkeit im Fünfjahrplan betrifft, so sind sie, abgesehen von der Planwirtschaft, durch die Unterordnung von allem unter die Idee der Industrialisierung und des bewußten Verzichts auf verschiedene dringende Tagesbedürfnisse, im Außenhandelsmonopol, im Staatshaushalt und in der tatkräftigen Heranzüchtung der Initiative der Massen auch auf diesem Gebiet der Aufbringung der riesigen Mittel gegeben.

Daß es sich in der Sowjetunion nicht mehr um die Frage handelt, ob der Fünfjahrplan erfüllt werden kann oder nicht, daß dieser Plan als ein grundlegendes Programm gefestigt ist, zeigen ein helles Bild die Ergebnisse der Kapitalinvestitionen in dem sozialistischen Erbauungszeitalter der Wirtschaft einschließlich der allgemeinen Voraussetzungen für die Rekonstruktion. Während der Fünfjahrplan für 1928/29 eine Investitionssumme von 5.270 Millionen Rubel vorsah, war das Resultat 5.660 Millionen Rubel. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1929/30 sind die entsprechenden Ziffern 10.000 Millionen gegenüber 7.414 Millionen Rubel (Fünfjahrplan).

Finanzplan und Haushaltsplan

Die Grundlagen der Akkumulation und des Finanzierungswezens sind im sogenannten Finanzplan zu sehen. Er gewährt einen Überblick über die gesamten Mittel, die dem Lande aus den verschiedenen Quellen der Wirtschaft in dem betreffenden Jahr zufließen. Der Finanzplan für das Jahresfrist (ohne Berücksichtigung der aus der Beherrschung der Entwicklung gegenüber den ursprünglichen Berechnungen) sieht die Aufbringung von insgesamt 86.000 Milliarden Rubel vor, darunter eigene Mittel der Wirtschaftsunternehmen 18.961 Milliarden Rubel, Banken um 6.628 Milliarden, Versicherungsstellen 9.180 Milliarden, sonstige Quellen 6.527 Milliarden und Staatshaushalt 44.709 Milliarden Rubel.

Die Konsequenzen der Finanzpolitik der Sowjetmacht kommt vor allem im Haushaltsplan für das neue Wirtschaftsjahr zum Ausdruck. Die Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Ausgabenkategorien unterteilt sich grundlegend von dem Budget der kapitalistischen Staaten. Während im kapitalistischen Haushaltsplan die produktiven Ausgaben eine ganz untergeordnete Rolle spielen, stehen sie im Haushalt der Union an erster Stelle.

Kein Kriegs- und Hungerbudget

Nach dem inzwischen beschlossenen Entwurf für 1929/30 entfallen auf die Finanzierung der Volkswirtschaft 10 Prozent oder zusammen mit den Ausgaben für das Verkehrs- und Postwesen 30 Prozent. Auf die Tilgung der Staatsanleihen kommen 3 Prozent, wobei zu bemerken ist, daß sich die Anteilspolizei des Sowjetstaates wesentlich vom jenseitigen Anteilspolizei der kapitalistischen Länder unterscheidet. In der Union werden die durch Anleihen aufzubringen Mittel selbst dem wirtschaftlichen Aufbau zugewandt. Und schließlich betragen die Ausgaben zur Stärkung der Wehrmacht, zur Verbesserung des sozialistischen Aufbaues kaum 10 Prozent des Haushaltes.

Aus Mangel an Raum kann hier nur ganz kurz auf die Budgets der einzelnen kapitalistischen Großmächte eingegangen werden. Der Haushaltsplan der Vereinigten Staaten Nordamerikas für 1928/29 wurde mit 5.567 Mill. Dollar balanciert. Von dieser Summe sollten 1.912 Mill. oder 34,1 Prozent für Zinsen und zur Tilgung der Staatsanleihen dienen. Der Etat des Krieges- und Wirtschaftskrisenjahres 1928/29 betrug 703,7 Mill. Dollar oder 12,5 Prozent des gesamten Haushaltes. Demgegenüber entfielen auf den Anteil des Ministeriums für Wehrbau und des Arbeitsministeriums 4,1 Mill. d. h. ganz 0,3 Prozent. Im englischen Ausgabenetat bilden die unproduktiven Ausgaben (ohne Unterstützung der Kriegswirtschaft) 56 Prozent des gesamten Budgets, darunter für militärische Zwecke 113 Mill. Pfund. Charakteristisch für den französischen Haushaltsplan ist, daß für die Entwicklung der Volkswirtschaft gegenüber dem Vorjahr nur 50 Mill. Franken mehr ausgemessen sind, während die Beträge für Meer- und militärisches Flugwesen eine Erhöhung um 600 Mill. Franken erfordern haben.

So spiegelt sich auch in den Budgettabellen der Kontrast zwischen Kapitalismus und Sozialismus wieder. Auf der einen Seite ein parasitärer Haushaltsplan, auf der anderen — das Budget des am Sozialismus geminderten Landes, dem die körperliche Energie der Arbeiterklasse ihren Stempel aufdrückt.

Anerkürzte Hebergriffe der Klassenkluft

Am Sonnabend veranstaltete die Bourgeoisie wieder einmal ihren Tag des Buches. Genau so wie im vergangenen Jahre war auch in diesem Jahre der Vorsitz über dieser Kulturformide der...

Wir berichteten schon im Monat Februar über das Handballspiel zwischen den beiden führenden Mannschaften der Arbeiterklasse...

Auf der Volkswache presste einer der Kriminalbeamten damit, daß er bei zwei ja ganz schön verdächtig hätte, wenn ihm die Ermittlung nicht wäre...

Wen von den Dichtern auspricht, was ist, der verdirbt es auch mit dem kapitalistischen Klassenstaate. Die Bourgeoisie propagiert in Wahrheit nicht das Buch, auch nicht das fortschrittlichste literarische Buch...

Man teilt namentlich den Eltern des Wagners in einem Gerichtsbeschlusse mit, daß ihr Sohn Otto Wagner entmündigt sei. Man wagt diesen unerhörten Eingriff mit „Geisteskrankheit“ zu begründen.

Die „beklebte Boltspolizei“ in Beberngangs Am 23. März gegen 14.15 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Kannelerstraße gerufen. Dort war ein Volkseigenes...

Gomil ist dieser gelirte „Tag des Buches“ ein Tag des reaktionären Buches, für den es besonders bezeichnend ist, daß die Unterbrüder und Jenken jedes fortschrittlichen Wortes seine Repräsentanten waren.

Der Sohn dieser ganzen Gesellschaftsordnung über die proletarische Bewusstseinsformel kam zum Ausdruck. Das „Bemittelte“ die blasse Geistesarbeit und Wagners schlechter Gesundheitszustand angeführt werden.

Peters legt erneut Haftbeschwerde ein Die politische Vernehmung des Privatdetektivs Peters ist jetzt abgeschlossen, er ist deshalb dem Untersuchungsamt zugewiesen worden. Der Herr Peters leitete seitdem die Untersuchung...

Das wahre Gesicht der bürgerlichen Kultur zeigte sich auch in der von Magistrate nach den „Thalia-Sälen“ einberufenen Versammlung am Sonnabend, dem 22. März. Das zu dieser Veranstaltung erlassene Programm enthielt typische und nationale Darbietungen.

Der Jungarbeiter Wagner erhielt keinerlei Unterstützung. Er muß mit der schwersten körperlichen Arbeit, durch Kohlentragen, sein Hungerdasein fristen. So also steht die kapitalistische Sozialfürsorge aus.

Stachelbrath über die Straße gezogen Am 23. März gegen 2.30 Uhr fuhr ein Motorradfahrer auf der Chaussee Trotha-Weitzin, etwa 400 Meter vor Trotha, gegen einen über die Straße gezogenen Stachelbrath. Der Motorradfahrer beschädigte sich nur leicht den Arm. Die Täter sind unbekannt.

Der „Lille goldene Frühlingsstag“ und „Berg und Tal“ müssen eben immer wieder dazu herhalten, von den wahren Ereignissen der bürgerlichen Kultur abzulenken.

Künder hat nach noch den traurigen Mut, dem Jungarbeiter Wagner die Rollen des Verlaßens aufzuheben. Auf diese Weise glauben wohl die republikanischen Herrscher der Not dreiter Kreise ein Ende bereiten zu können.

Zunehmend auf der Giebichenheimer Brücke Am 23. März gegen 17.15 Uhr stießen auf der Giebichenheimer Brücke eine Radfahrerin und ein Motorradfahrer zusammen. Die Radfahrerin zog sich eine Verletzung am rechten Schienbein zu. Der Motorradfahrer fuhr, ohne sich um die Verletzte zu kümmern, davon.

Die häßliche Polizei von der anderen Seite! Auf. Von der anderen Seite kennt sie ja die häßliche Arbeiterklasse nur zu genau. Bei den Demonstrationen der Arbeiterklasse hat sie zu Hunderten auf der Straße und mitten mit dem Gummihügel.

Wie die Polizei zu großen Haaren kommt Jetzt nachfolgender Bericht, der das Ergebnis langwieriger politischer Ermittlungen ist und der im geizigen Polizeibericht enthalten war.

Fahrschein für Sommer-Reisende. Reisende, die im Sommer eines Jahres, ein Vaherungsergänger oder eines Personalwesen, auch zur Einreise in das besetzte Gebiet oder zur Durchreise durch das polnische Korridor, beabsichtigen, tun gut, ihre Reiseschein zeitig wie möglich zu beantragen, weil mit Eintritt der Reisescheinforderungsbefreiung der Geschäftsbetrieb im Verhältnis des Polizeipräsidiums zu groß ist, daß für die umgehende Erledigung keine Gewähr geleistet werden kann.

Diesmal handelte es sich aber um eine andere Intrige auf dem Balkan. Am Sonnabend-Nacht, etwa um 4 Uhr, entdeckte der Wächter des Fährhafens, daß in dem Gebäude des eigentlichen Konsumvereins ein Einbruch verübt worden war. Er brachte angeblich die Einbrecher über den Hofraum in das nächste Gebäude fliehen sehen. Er gab also Signal. Einmal, zweimal, dreimal die Pfeife über den stillen Markt.

Am 23. März gegen 2.45 Uhr wurde auf dem oberen Marktplatz von unbekanntem Täter ein Feuerwerkskörper zur Entzündung gebracht. Durch den außerordentlich starken Knall bildete sich eine Verwundung von etwa 200 Personen. Die Täter sind entkommen.

Kaufausstellung für Sommer-Reisende. Reisende, die im Sommer eines Jahres, ein Vaherungsergänger oder eines Personalwesen, auch zur Einreise in das besetzte Gebiet oder zur Durchreise durch das polnische Korridor, beabsichtigen, tun gut, ihre Reiseschein zeitig wie möglich zu beantragen, weil mit Eintritt der Reisescheinforderungsbefreiung der Geschäftsbetrieb im Verhältnis des Polizeipräsidiums zu groß ist, daß für die umgehende Erledigung keine Gewähr geleistet werden kann.

Wer nun denkt, daß sich die Polizei mit demselben Eifer und der gleichen Geschwindigkeit auf den Markt gewürzt hätte, wie sie es bei den Demonstrationen so gut versteht, der hat sich geirrt. Nachdem der Wächter fünfmal häßlicher hatte, bar er einem der Neugierigen, die sich inzwischen angemeldet hatten, noch einmal nach dem Präsidium zu laufen und zu flüchten, damit die Kunde endlich erhalte.

Polizeiterrror ohne Ende Gestern abend, als sich ein jugendlicher Arbeiter in später Stunde auf dem Marktplatz befand, besah er plötzlich das folgende Schauspiel, mit dem er in ein kurzes Gespräch kam, wurden bei drei von einem Ueberfallkommando der GSPs geradezu überfallen.

Nur nicht verlegen! Von der Kriminalpolizei wurden zwei Kurischen im Alter von 20 Jahren festgenommen, die vor einiger Zeit ein neues Motorrad auf der Straße gestohlen hatten. Der eine von ihnen, der außerhalb wohnt hat, hatte das Motorrad zur Unkenntlichmachung vollständig umgebaut und sogar mit einem neuen Antriebs versehen.

Dann kam auch — erst mal ein einziger! Er kuckelte häßlich umher an seinem Karabiner, mußte sich aber durchaus nicht zu scheuen. Wir machten natürlich unsere Glöhen, warum wohl die Polizei bei einem Einbruch so „schleich“ verhielten war. Da hatte aber der Mann dann doch einen Einfall: er ging nicht etwa in das Haus — sondern er polierte die wenigen harmlosen und unbewachteten Balkonen an den einzelnen Ecken des Fährhafens und ab ihm den Wächter, die Einbrecher in nicht herauszulassen. Und er schickte mit seinem Gummihügel und dem Karabiner wieder zurück ins Präsidium und holte den „Hilfer“.

Offentliche Kreiskommunal-Konferenz des Saalkreises Thema: Jugend-Plan, Finanzreformprogramm und die Verbanden der Verwirklicht. Referent: Provinzial-Vorstandshausmittel G. G. Gutjahr.

TheaterkonzerteVortrage

Und der „Hilfer“ leitete sich dann die Gummikammer. Sie fanden nicht etwa die gefürchteten Einbrecher, aber sie haben auf der Straße den jungen Mann laufen. Natürlich war das sehr „verdächtig“.

Achtung! Achtung! KPD-Kommunalfunktionäre, Vertreter der Betriebe, Sport-Organisationen, Rentner, Mieter, Siedler, Kleinbauern, Arbeitslosen-Ausschüsse, Frauen- und Jugend-Gruppen!

Städtetheater. Am kommenden Sonntag findet die Eröffnung einer Familien-Oper aus dem Hause Knaut. „Der Welter Güter“ zu spielen mit der Besetzung: Friedrich Krumpholtz, Hanna Schütz, Maria Seifert, Hans Schödel und Gertrud Kuhn. Besetzung der Opern: Hans Schütz, Maria Seifert, Hans Schödel, Gertrud Kuhn, Hans Schütz, Maria Seifert, Hans Schödel, Gertrud Kuhn.

Das war nun zwar reichlich verurteilt, aber das heißt ihm natürlich nicht. Er mußte auf den „Hilfer“ und war einstweilen einmal abgeholt. Erst nach einer Debatte, in die wir uns auch einschalteten, weil der junge Mann zu unserer Gruppe gehörte, konnten wir dem schlauen Verurteilten warnen, daß der „Verdächtige“ nur zu nahe Freunde gefahren hatte, die er küssen wollte. Überdies war er angestrichelt, der junge, den der Wächter zur Wache geführt hatte, um die Hüter des Geleites aus dem Schiffe zu rufen.

Sendet eure Vertreter! Frauen, parteilose Arbeiter, Vordarbeiter haben Zutritt! Es ladet ein Die kommunalfunktionäre des Saalkreises.

Arbeiter-Sport

Es ist ihm nicht möglich, auch dafür Verständnis haben. Es kommt demnach leicht an, wenn man dauernd mit dem Gummihügel harmlose Fußanten herlaufen muß oder gar auf dem Fährhafen mit einem Boot zu bewachen. Da ist es denn notwendig, wenn man schließlich auf der Wache die Augen nicht offenhalten kann.

Arbeiter-Sport 666. Spezial 67. Sonntag, 23. März, 10 Uhr, Bekannmachung bei Ratzki, 1278.

666. Spezial 67. Sonntag, 23. März, 10 Uhr, Bekannmachung bei Ratzki, 1278. 667. Sonntag, 23. März, 10 Uhr, Spielplatzausstellung. Generell machen mit vielen Mitgliedern und Interessenten auf folgenden auf: Sonntag, 23. März, großer Spielplatz, Sonntag, 23. März, Spielplatzausstellung, Sonntag, 23. März, Spielplatzausstellung, Sonntag, 23. März, Spielplatzausstellung.

Entscheidend nun der Arbeiter vor Ablauf der Fristenangehörigkeit, ohne einen Grund zur zeitlichen Entlassung zu haben. In hat er den Arbeiter den Vorschlag die Lohn für den Kündigungsgeld zu zahlen.

Wochen als Erfolg der Arbeitslosenunterstützung gesehnt, als der geben würden, wenn die Zahlung als regelmäßige Lohnzahlung erfolgt wäre. Ganz anders dagegen verhält es sich, wenn der Arbeitnehmer gegen die Kündigung beim Arbeiter- oder Angestelltenrat Einspruch erhebt

Wie wird es werden? Für Mittwoch und Donnerstag: Wolliges und trockenes, auch mittags flüchtiges Wetter. Stadtkopf. Geringe Luftbewegung.

Entscheidend nun der Arbeiter vor Ablauf der Fristenangehörigkeit, ohne einen Grund zur zeitlichen Entlassung zu haben. In hat er den Arbeiter den Vorschlag die Lohn für den Kündigungsgeld zu zahlen.

und der Arbeitgeber auf Grund des § 87 des Vertriebsgesetzes zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt wird. Diese Entschädigung darf nach § 113 ArbZG. nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Als gleichbedeutend damit ist auch die Hilfe zu betrachten, in dem Maße ein Urteil des Arbeitsgerichts gefällt wird, sondern der Betriebsrat nach dem Einpruch des pflichtigen Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber durch Verhandlung vor der Vereinbarung kommt, daß dem Arbeitnehmer die gleiche oder eine ähnliche Entschädigung bei der Entlassung gezahlt wird, wie wenn ein solches Anerkennsurteil vom Arbeitsgericht ergangen wäre. Also auch in diesem Falle soll sich der Betriebsrat gegen eine Verurteilung auf die Unterführung durch Einspruch an den Spruchauschuss des Arbeitsamtes wehren.

668. Sonntag, 23. März, 10 Uhr, Bekannmachung bei Ratzki, 1278.

Entscheidend nun der Arbeiter vor Ablauf der Fristenangehörigkeit, ohne einen Grund zur zeitlichen Entlassung zu haben. In hat er den Arbeiter den Vorschlag die Lohn für den Kündigungsgeld zu zahlen.

gegen eine Verurteilung auf die Unterführung durch Einspruch an den Spruchauschuss des Arbeitsamtes wehren. Ebenfalls nicht angerechnet dürfen werden, Zahlungen, die als Anerkennung besonderer Leistungen (Wohnung) oder höherer Leistungen gesehen werden. In besonderen Fällen ist die Entschädigung für Schwerearbeiten, außergewöhnlichen Kleberarbeiten, für ausserwöhnliche Arbeiten und ähnliche.

669. Sonntag, 23. März, 10 Uhr, Bekannmachung bei Ratzki, 1278.

Entscheidend nun der Arbeiter vor Ablauf der Fristenangehörigkeit, ohne einen Grund zur zeitlichen Entlassung zu haben. In hat er den Arbeiter den Vorschlag die Lohn für den Kündigungsgeld zu zahlen.

Entscheidend nun der Arbeiter vor Ablauf der Fristenangehörigkeit, ohne einen Grund zur zeitlichen Entlassung zu haben. In hat er den Arbeiter den Vorschlag die Lohn für den Kündigungsgeld zu zahlen.

670. Sonntag, 23. März, 10 Uhr, Bekannmachung bei Ratzki, 1278.

A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle

Sparkasse des Saalkreises Halle a.S.

Zweigstellen: Ammendorf, Beesenlaublingen, Könnern, Löbejün, Nienberg, Wettin

Annahme von Spareinlagen mit Garantie des Kreises! Ausgabe von kurzfristigen und festen Darlehen!

Roßschlächterei
Joh. Thurm, Glauchaer Str. 79
10972

Referiert 28618

STEINTORBAD
neben Walhalla, Haltestelle der Linien 1, 2, 4, 5
Messagen, Postkarten jeder Art
Am Steintor Nr. 8
50619

Bruchbänder, Lehmdecken
Blattfedernlagen u. Kunst.
Kittel zur Kennzeichnung
Fr. Schöning, Buchbergstraße 10
50610

Mineralwasser-Fabrik
E. Fischer, Gr. Brunnenstr. 54
50625

E. Bohst, Körnersir. 19
Kolonial-, Haus- u. Viehwaren
50618

Gasapparate
Beleuchtungskörper
Stadtgeschäft Haake, GmbH.
Gr. Ulrichstr. 54
Telephon 25654
50617

Trinkt Eilemi-Markenmilch aus dem Milchhof Eisleben

Haus- u. Küchen-Magazin Eisenwaren
Jeder Käufer findet bei uns das, was seinem Geschmack u. Geldbeutel entspricht
Pommes-Schlager
50647

Besucht das **Walhalla!** Am Steintor 10

Hilmar Kaufmann

Möbeltransport Spedition Halle (Saale) Magdeburger Straße 57
50627

R K
bei **KARSTADT** kaufen heißt gut und billig kaufen
50615

Sanitas-Bad
Alle Arten Bäder und Anlagen, auch für faml. Krankefallen
Mittelstraße 20a
50622

Kolonialwaren F. Baumgarten
Weine - Süßwaren
Zelfingstraße 26
50625

Reichschlächterei K. Böhlert
Halle - Saale
50622

Uhren - Goldwaren
Vl. Krab, Nörmch., Norm. Vl. Schäfer
Gr. Ulrichstr. 58 - - - Reparatur
50612

Möbel aller Art, preiswert und gut
entl. Zahlungsvereinfachung
Möbel C. Bernhardt, Herrstr. 19
50619

Carl Müller, Brot!
50618

Stempel - Bfautsch
Gr. Nikolaisir. 6 - Tel. 23668
50618

Stempel - Bfautsch
Gr. Nikolaisir. 6 - Tel. 23668
50618

Theodor Lühr
Leipziger Str. 12
50612

Gute Romane stehen im „Staifenkamp“

August Laue
Leipziger Straße 47
50617

Roeber, Bauunternehmungen G.m.b.H.
Halle (Saale) - Fernruf 21294 und 24294
50617

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
komplette Radio-Anlagen
Otto Gröbel
50618

Café Wintergarten Magdeburger Straße 65
Täglich: Humorist. Künstlerkonzert - Jeden Mittwoch u. Freitag: 5 Uhr
50618

Steinmetz-Brot gibt Kraft und Gesundheit! Arztlich empfohlen!

Hersteller: Gebr. Schubert, Großbäckerei, Mühlenwerke, Halle a. d. Saale

Betten - Matratzen - Federbetten - Chaiselongues - Kinderwagen
kauft man immer billig und gut im
Bettengeschäft **Bruno Paris**, Halle a. S., bis Tempelpl. 2
50623

Trinkt Freyberg-Bräu
Euer
50648

Kleblatt-Butter ist die beste
F. H. Krause, Landberger Straße Nr. 3
50618

Oskar Sperling
Klempnerei und Installation
Neißestraße 24
50618

Drummer & Benjamin, Halle-Saale

Große Ulrichstraße 22/25 - Rannischer Platz
Das Haus der guten Qualitäten u. niedrigen Preise

Gebr. Kroppenstädt
Möbelfabrik, Große Märkerstraße Nr. 4
50618

Otto Mucha
Tabak- und Süßwaren-Handlung
Verdenstraße 12 und Große Nikolaisir. 8
50612

Bruno Reimer

Geiststraße 19
Größtes Spezialgeschäft am Platze

Baumgarten, Gr. Steinstr. 17
Fachgeschäft für Wandregal
Lieferant sämtlicher Krankefallen
50612

Beerbigungs-Ankalt
Willy Lube, Krutenbergstraße 7
50624

Färberei Naumann & Co.
Fabrikannahme: Jacobstraße 39, 10 Ueber
30 Annahmestellen.
50612

Stadtühle Aisleben A.-G.
Mühlische (Saale)
Spezialität: „Aislebener Gold“
50614

Spendet für die Rote Hilfe

Albert Kopf
Wohn- und Schmeidehandwerk
Wasseler Straße 10
50620

Friedrich mit Leipzig Str. 3
Ochschlächter

das wahre **Volksauto**
OTTO KÜHN - HALLE
Telephon 27351 - 50630
Merseburger Straße 40

Wir
reinen und gärben
Damen- u. Herren-Garderobe
in bekannter guter Ausführung
Bereinigte Färbereien
u. Bleichereien (Sud- u. Oxidier) 1-2, 9 u. 34
Leipziger Str. 13 u. 43, Schmeidestr. 11
Merseburger Str. 15, Krammstr. 27
Salzstr. 3, Brünnl. Str. 20 u. 21
Zeilstr. 12
Zeilstr. 13
Zeilstr. 14
Zeilstr. 15
Zeilstr. 16
Zeilstr. 17
Zeilstr. 18
Zeilstr. 19
Zeilstr. 20
Zeilstr. 21
Zeilstr. 22
Zeilstr. 23
Zeilstr. 24
Zeilstr. 25
Zeilstr. 26
Zeilstr. 27
Zeilstr. 28
Zeilstr. 29
Zeilstr. 30
Zeilstr. 31
Zeilstr. 32
Zeilstr. 33
Zeilstr. 34
Zeilstr. 35
Zeilstr. 36
Zeilstr. 37
Zeilstr. 38
Zeilstr. 39
Zeilstr. 40
Zeilstr. 41
Zeilstr. 42
Zeilstr. 43
Zeilstr. 44
Zeilstr. 45
Zeilstr. 46
Zeilstr. 47
Zeilstr. 48
Zeilstr. 49
Zeilstr. 50
Zeilstr. 51
Zeilstr. 52
Zeilstr. 53
Zeilstr. 54
Zeilstr. 55
Zeilstr. 56
Zeilstr. 57
Zeilstr. 58
Zeilstr. 59
Zeilstr. 60
Zeilstr. 61
Zeilstr. 62
Zeilstr. 63
Zeilstr. 64
Zeilstr. 65
Zeilstr. 66
Zeilstr. 67
Zeilstr. 68
Zeilstr. 69
Zeilstr. 70
Zeilstr. 71
Zeilstr. 72
Zeilstr. 73
Zeilstr. 74
Zeilstr. 75
Zeilstr. 76
Zeilstr. 77
Zeilstr. 78
Zeilstr. 79
Zeilstr. 80
Zeilstr. 81
Zeilstr. 82
Zeilstr. 83
Zeilstr. 84
Zeilstr. 85
Zeilstr. 86
Zeilstr. 87
Zeilstr. 88
Zeilstr. 89
Zeilstr. 90
Zeilstr. 91
Zeilstr. 92
Zeilstr. 93
Zeilstr. 94
Zeilstr. 95
Zeilstr. 96
Zeilstr. 97
Zeilstr. 98
Zeilstr. 99
Zeilstr. 100

Allgem. Konsumverein Halle und Umg.
58 Verteilungstellen
Umlauf 1928/29: 6135959 Mk. - Budgetmehr 265000 Mk.
Warenabgabe nur an Mitglieder!
Eigene Bäckerei, Fleischeri, Metzgerei, Mineralwasserfabrik
Gartenstraße 34, Halle a.

Molkerei Trotha
Frühhmilch und Joghurt
Kindermilch
Butter, Sahne, Quark
50617

Eierhandlung M. Lorenz
Große Klausstraße 9
50618

Augenläser und Brillen
kaufen Sie bei mir
Krankefallen-Biercafé
Th. Städtler
Clevertstr. 1a (am Hallmarkt)
50619

Trinkt die gute **Milch** aus der **Halle'schen Molkerei**
Referiert Nr. 2

Zillmann & Lorenz, Leipziger Straße 45
Spedition - Möbeltransporte - Lagerung - Fernruf 2721
50628

Referiert 104

Referiert 0

Trinkt Engelhardt-Biere!

„Hallema“ Halle'sche Fleischsalat u. Mayonnaisen-Fabrik G.m.b.H. / la Qualität
Gr. Nikolaisir. 8 Fernspr. 31288
50614

Lohnfahren
aller Art
werden prompt und laubez ausgeführt
50612

Lohau & Baack
Leipziger Str. 50, 2. Hof
Bau- und Möbelfabrik
50618

Werkzeuge
50618

Die
schmet,
Schläge
Königen
aus auch
feindliche
Wandlung
Köber, be
Fehlens
Die W
wurden i
käftet
amerhöret
Hagen Pa
und der
die Kapital
Witzsch
Die Be
schen Eng
Minister u
falt täglich
wachsenden
Eine di
dah Die G
Mächten in
find, Trög
trop des u
des neuen
konferenzen
Kohlenindus
sein blutige
Angefi
teilt, des
sozialismus
Schichten de
Lampfen.
Die mit
tarlichen K
und schling
Koloniallau
die größte
Ordnung.
Die am
schwefelind
schritte des
der gewaltig
gang der S
und zur Die
Ston an
brud des I
in den Kapit
proportion.
Kampagne
Teile sich
Feuer führt
aber die p
des Kapit
das ihre ag
bede ist:
Zur ge
professorien
kapitalistisch
Kauf des H
des W
bin dete r
natur so zu
Hilflichen Ein
Die W
feindlichen G
der Entsch
Kommunist
2 1/2 1/2 m
eine getreid

15. Fortf
Ich we
Zeit zum
Bild. Die
zu Krächten
Ich lebe
Konfession
Geld Eltern
Bergwerte
durch die
den ergan
niederz
mus die
weil die
und jst
Ich lebe, d
dah die „
Ich lebe, m
dah für tönn
jolen, als
auf andere
Ihre Söhne
für die an
ariat die
nationalen
emporb
taufes.
8631 Za
einhalb W

Bergholz versucht einen neuen Dreh

zur Verschleierung der Korruption und Mißwirtschaft im GBWZ. — Er sieht die Verschärfung als gefährlich an — Ablenkungsmanöver, die nicht ziehen

Der Zeiter „Volksbote“ vom 22. März bringt unter der Überschrift: „Die Gemeindevorstände des Kreisamtes eine ganze Reihe von Fragen“ an die Öffentlichkeit eine ganze Anzahl von „Fragen“ aufgeworfen, wobei u. a. von Verbindungen mit der privatkapitalistischen Thüringer Gasgesellschaft, mit einem Privatingenieur Hartmann, mit der bürgerlichen Fraktion im Zeiter Kreisrat, mit dem Doktor Schwarz von den „Zeiter Reichs-Richtern“ um die Rede ist. Der „Volksbote“ stellt seine drei Hauptfragen an die Öffentlichkeit und umschließt sie, an den Thüringer Gas, an den Doktor Schwarz, an den Hartmann, an Rademacher, an den „Klassenkampf“ usw. Wir nehmen an, daß alle diejenigen, die es angeht und die zu glauben, auf die Fragen antworten zu müssen, dem „Volksbote“ nur in derselben allgemeinen Form antworten werden, wie der „Volksbote“ eine Frage stellt.

Ein Beitrag zur Klärung kommt auf die Art und Weise für die Massen der Stromabnehmer, für die Massen der Steuerzahler und Einwohner der Kreise Weiskensfeld und Zeitz dabei nicht heraus.

Was Bergholz und seine Schieberclique wünschen, ist aber gerade die Ablenkung von der Kernfrage — Verschleierung des GBWZ, durch die SPD-Kongress!

Sie wollen ablenken von allem, was zur weiteren Konzentration der Augen aller Vertriehten auf die korrupte SPD und auf die Mißwirtschaft im GBWZ beitragen würde. Um die Verschleierung der Schieber zu vereiteln, wollen wir uns heute hier nur mit zwei Fragen, die mit unser schon öfters im Zusammenhang mit dem GBWZ, im „Klassenkampf“ behandelt haben, beschäftigen, nämlich erstens: die Stellung der SPD und des Bergholz-Stützpunkts zur Privatwirtschaft überhaupt, und zweitens: die Verbindungen Scharenbergs und seiner Schieberclique mit der Thüringer Gasgesellschaft, die ein privatkapitalistisches Institut ist.

Zur ersten Frage erinnern wir hier nur daran, daß es direkt zum Programm, zur Theorie und zur politischen Praxis der SPD gehört, für Ruhe und Ordnung von kapitalistischen Aufwühlern, d. h. zur Sicherung des Profits in Deutschland, mit allen Mitteln zu sorgen. Die Sozialdemokraten haben sich nicht bemüht, damit, die Gemeindevorstände anderer Städte, die sich zusammenschließen in dieses Ausschreibungs- und Unterdrückungssystem, sondern sie drängen sich mit Gewalt zu den Funktionen im bürgerlich-kapitalistischen Staate, die

ausgerichtet die Gewaltanwendung gegen die Massen der Erwerbslosen und der kämpfenden Betriebsarbeiter zu organisieren

haben, die Organe der Staatspolitik, die Landratsämter, die Regierungspräsidenten und besonders die Amtsinhaber. Sie schaffen die Verordnungen und Verfügungen, auf Grund deren

ihre Organe der brutalen Gewalt und des Spitzelwesens die kämpfende Arbeiterklasse niederschlagen oder hinter Zuchthausmauern bringt. Alles nur und ausschließlich im Interesse des Profits, der Gewinne nicht nur eines einzelnen Kapitalisten, sondern des Kapitalismus überhaupt. Gewagt oder heftig die selben Arbeitervertreter die Mittelberträge der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die zum Kampfe um Verbesserung von Lohn und Arbeitszeit verwendet werden sollen, in

Mitteln für die Privatindustrie, um so die Dividenden und Profitmargen zu einem ureigenen Interesse der Gemeindevorstände und Klassenführer zu machen. Profit, immer wieder Profit ist die Lösung der SPD bei allen ihren Handlungen!

In Worten beschwählen sie allerdings die Massen mit so faulheidigen Dingen von ihren „politischen Zielen“, wie sie nach einer Partei in der „Völkischen Zeitung“ haben. Die sogenannten „Mittel“, wozu auch Bergholz und seine „Volksbote“-Journalisten gehören, leisten sich in Ablenkungsmanövern, Verdrängungen und Umpferungen am meisten. — Dies also zur ersten Frage, zu der Stellung der SPD zur Privatwirtschaft überhaupt. Die zweite Frage aber ist eine wesentliche Konkretisierung zur ersten. Sie gibt ein Beispiel zur ersten. Hier stellen wir ausdrücklich fest,

daß Scharenberg seit Tage und Tag und als erster im Streitgespräch überhand mit der privatkapitalistischen Thüringer Gasgesellschaft in Verbindung und Verhandlungen getreten ist!

Wir berichten hiermit nichts Neues! Im Gegenteil, der „Klassenkampf“ und Bebercht Geduldig haben diese Tatsachen vor Wochen schon ausdrücklich festgestellt und weder Scharenberg noch Bergholz oder der „Volksbote“ oder sonst irgendjemand anderer Demagogie aus dem sozialdemokratischen Lager hat sich bis heute darüber oder dagegen geäußert.

Rein Schieber der Bergholz-Clique mag das zu bekreiten!

Es genügt denn also nur die Vertreter in der Donatsstraße im Bremerhause, die diese sozialdemokratischen Schieber und Knechte des Kapitals ihre „Volksbote“-Leser einschämen, wenn sie ihnen solche Gauleierrückfälle wie in der Notiz mit den drei Tugenden „Fragen“ vorkommen. Herr Bergholz, wir erinnern Sie daran, daß Scharenberg und seine Clique diejenigen sind, die jetzt verhängen und verfallen wollen und die jetzt und seit einem Jahre bereit sind, die Verschärfung genau so in den preußischen Polizeikreis wie in die Thüringer Gasgesellschaft durchzuführen und dabei

die Interessen der Verbraucher schutzlos mit Füßen zu treten.

Das ist die Frage und die Angelegenheit, die jetzt auf der Tagesordnung steht, und wir werden die Massen nicht von diesem Thema ablenken lassen. Herr Bergholz, jetzt erklären wir, daß die Bürgerlichen im Kreise Zeitz gegen die Verschärfung des GBWZ, sind, so ist das ebenmäßig zur politischen Ehre der Bürgerlichen wie zur Ehre der SPD.

Daß die SPD noch für die Verschärfung ist, ist ihre Schande.

Daß die Bürgerlichen dagegen sind, ist nicht aus dem Motive,

den weitausigen Massen zu helfen, sondern dem bürgerlichen Demagogie.

Die Motive der Bürgerlichen sind dieselben, wie die der SPD. — Beide kämpfen auf ihre Art für den Kapitalismus u. a. Beide sind für die Verschärfung an entweder an die Braze, das Unternehmen des preussischen Polizeikreis oder an die Thüringer Gasgesellschaft, und das ist ein Schilling eines solchen Polizeikreises.

Die kommunikalische Partei und in diesem Falle, besonders der „Klassenkampf“ haben seit Monaten und Jahren lange vor den Kommunalparlamenten den Kampf geführt gegen die Verschärfung des GBWZ für die Erhaltung des kommunalen Betriebes zum der kommunalen Betriebe, für ihre tatsächliche Herabsetzung im Interesse der breiten Massen der kleinen Stromabnehmer.

Die Herabsetzung der Strompreise für Kleinabnehmer, die Verbrennung von Oberleitungs- bei rationeller Bewirtschaftung des GBWZ für Bauarbeiten und ähnliches zur Unterbringung von Erwerbslosen, das sind die Aufgaben, die wir diesem Kommunalbetrieb stellen und seine Verwirklichung, solange wir der ständigen und direkten Kontrolle der Arbeiteröffentlichkeit unterstellt.

Eine Gruppe auf diesem Wege des Kampfes gegen die Verschärfung ist nahezu vollständig, und zwar mit Erfolg!

Der vorerwähnte Gesellschaft um Bergholz, Scharenberg, Franken und Konjonten ist jetzt schon die Flut des Verkaufes zuhanden gemacht!

Wir haben also in Kürze vor der nächsten Gruppe und das ist die Fortsetzung unseres Kampfes um die eben angeführten Aufgaben und Forderungen für den Ausbau des GBWZ als Kommunalbetrieb!

Wir sind aber ebenlo bereit und gewappnet, auch auf einem anderen Weite den Kampf aufzunehmen, wenn sich neue Geleiten der alten Verschärfung oder neue Verschärfung mit allen Geleiten an die Öffentlichkeit trauen oder hinter dem Rücken ihre Säben immanen.

„Herr Scharenberg“, du bist der nächste, denn Deine Verbindungen zur Thüringer Gasgesellschaft sind, wie die der Zeiter Bürgerlichen, ist, so daß wir ohne weiteres annehmen können: „Fortsetzung folgt!“

Als jetzt ist es nur der verhöhrte und sonatierte Teil von „Volksbote“-Lesern oder SPD-Leuten, der diese Bergholz-Scharenberg-Schieber nicht nicht liebt will; aber wir werden dafür die Mittel haben um gewaltlos aufzutreten und mobilisieren für die Erhaltung des GBWZ, als rein kommunales Unternehmen der letzten Amtsenthebung des Betreibers, des sozialdemokratischen Verbandes Scharenberg, und die Lösung der Verschärfung, damit vor Gericht der Nachweis der unehrenhaften Korruption erbracht werden kann.“

Am Sonnabend, dem 22. März, bis morgens 9 Uhr, hat der Landräuf aus Großhild schon telefonisch beim Gaußhof in Köpen ein Antrag nach dem Verlauf dieses Scharenberg-Verfahrens im Kreis Zeitz auszuführen, um die Anzahl der Mitglieder unserer Versammlung zu haben!

Die Protestwelle gegen den GBWZ-Standal steigt

In Köpen

Am Freitag fand in Köpen eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Das Thema „Aufklärung über den GBWZ“ hatte auch sozialdemokratische Arbeiter in größerer Zahl die Versammlung geführt. Genosse Labemanna sprach, „Bebercht Geduldig“ ergänzte das Bild über die politische und materielle sozialdemokratische Korruption. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die öffentliche Einwohnererklärung von Köpen und Umgebung protestiert entschieden gegen den beschäufigten Verkauf des

GBWZ. Sie begrüßt den Beschluß der Gemeindevorsetzung von Köpen, beim Kreis gegen den Verkauf des kommunalen Eigentums, wie es der GBWZ, darstellt, Einspruch zu erheben. Die Einwohnererklärung verlangt: Beibehaltung des kommunalen Betriebsbetriebs, Herabsetzung der Strompreise im Interesse der vertriehten Verbraucher im Kreise. Sie fordert die sofortige Amtsenthebung des Betreibers, des sozialdemokratischen Verbandes Scharenberg, und die Lösung der Verschärfung, damit vor Gericht der Nachweis der unehrenhaften Korruption erbracht werden kann.“

In dem Fall Wende hat er 337 Mark unterzahlt. Er war nicht einmal berechtigt, diese Gelder anzunehmen! Bei den Fällen Worch und Blumentritt hatte er wohl pünktlich, aber ohne Rücksicht auf die Lage derjenigen, die Tarifen im Anspruch nehmen mußten, die Abzahlungen eingetriben.

In Tauscha

Am Sonnabend, dem 22. März, tagte auch eine öffentliche Einwohnererklärung in Tauscha, in der auch die Mehrheit der Anwesenden waren Kleinverdienende in Landwirte. Der SPD-Gemeindevorsetzer verurteilte die Scharenberg-Politik zu verurteilen, trotzdem er in der Gemeindevorsetzung und in der Verammlung dem Protest gegen den Verkauf zustimmte. Er ersetzte dafür nur einen Aufschub. Die angelegene Entschließung lautet:

Am Sonnabend, dem 22. März, bis morgens 9 Uhr, hat der Landräuf aus Großhild schon telefonisch beim Gaußhof in Köpen ein Antrag nach dem Verlauf dieses Scharenberg-Verfahrens im Kreis Zeitz auszuführen, um die Anzahl der Mitglieder unserer Versammlung zu haben!

In Schöthen

Hier tagte am 23. März die Gemeindevorsetzung, ausbleibig Stellung nahm zu der Verschärfung des GBWZ und der Verschärfung des GBWZ, worauf die folgende Entschließung einstimmig annahm:

In dem Fall Wende hat er 337 Mark unterzahlt. Er war nicht einmal berechtigt, diese Gelder anzunehmen! Bei den Fällen Worch und Blumentritt hatte er wohl pünktlich, aber ohne Rücksicht auf die Lage derjenigen, die Tarifen im Anspruch nehmen mußten, die Abzahlungen eingetriben.

Der Witwe Worch verbleib lo immer des Hungereinkommen von 650 Mark pro Woche!

Weiterhin gab dieser laubere Gelle an, aus Not gebrandet zu haben, — bei 400 Mark Monatslohn! Der Vorsitzende für die Wirtschaft in der „fortschrittlichen“ Regierungsgesellschaft ist die ungeheureste Tatsache, daß man 3, obwohl man kein Verbrechen wüßte, noch ein ganzes Jahr in Amt und Würden lieh. Trotz der Tatsache, daß dieser laubere Herr sich an den Geldern der Armen vergriffen hatte, wachte der Wohlfahrtsausschuß, diesen als einen pünktlichen und fleißigen Beamten anzusehen. . . . Während die Magistratsverwalter des Erwerbslosen nicht oft genug betonen können: „Es ist kein Geld bei der Unterstutzung durch die Stadt“, erfolgte in der Gerichtshandlung

Am Sonnabend, dem 22. März, tagte auch eine öffentliche Einwohnererklärung in Tauscha, in der auch die Mehrheit der Anwesenden waren Kleinverdienende in Landwirte. Der SPD-Gemeindevorsetzer verurteilte die Scharenberg-Politik zu verurteilen, trotzdem er in der Gemeindevorsetzung und in der Verammlung dem Protest gegen den Verkauf zustimmte. Er ersetzte dafür nur einen Aufschub. Die angelegene Entschließung lautet:

Die am 22. März in Tauscha tagende öffentliche Einwohnererklärung nimmt Stellung zu der Verschärfung des GBWZ. Sie protestiert entschieden gegen den Beschluß des Verbandes auszuführen, wonach der Verkauf durchgeführt werden soll. Die Einwohnererklärung fordert von dem am 31. März tagenden Kreisrat, daß der Verkauf dieser kommunalen Einrichtungen abschiebt und dem Beschluß dieses Scharenberg-Verfahrens die Wirtschaft seiner Funktion entzogen wird. Die Erhaltung der Kontrolle des Verbandes durch die Kommunen und Verbraucher muß herbeigeführt werden. Die Strompreise müssen senkt, die Zahlmieten niederschlagen werden. Nur auf die Wende kann der GBWZ, in kommunaler Verwallung ein für Verbraucher rentables Unternehmen werden.“

In Wuthisch

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung am Sonntagabend Genosse Labemanna über die Verschärfung des GBWZ. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse und beifällig aufgenommen.

Eine Entschließung, die sich gegen den Verkauf des kommunalen Betriebes und die Verschärfung des GBWZ, worauf die folgende Entschließung einstimmig annahm:

Die unehrenhafte Auslösung des Magistratsverwalter: „Säte 3. einen Notraton auf Unterstutzung gestellt, lo hätte er den beschäufigt bewilligt bekommen.“ (!)

Also für die hungrigen Massen ist kein Geld vorhanden, aber für forumprierte Elemente ist alles möglich. So sieht die „Wohlfahrt“ der reaktionären sozialdemokratischen bürgerlichen Werberger Magistrats aus! Die Erwerbslosen werden sich das für die Zukunft zu merken haben.

Aber auch Dr. Hansen als Verteidiger glaubte, sich eine Verschönerung der Erwerbslosen leisten zu müssen. Er „stellte fest“, daß ein Erwerbsloser mit gelobter Familie besser gestellt sei als der Herr Z mit seinen 400 Mark Monatslohn! Selbst der Staatsanwalt konnte die soziale Notlage nicht anerkennen. Die Verschärfung des GBWZ ist ein schändliches Verbrechen. In werheit hätte man einen Protestler verurteilt, der diese Tat begangen hätte, um keinen Hunger zu stiften?

Am Sonntagabend, dem 22. März, tagte auch eine öffentliche Einwohnererklärung in Tauscha, in der auch die Mehrheit der Anwesenden waren Kleinverdienende in Landwirte. Der SPD-Gemeindevorsetzer verurteilte die Scharenberg-Politik zu verurteilen, trotzdem er in der Gemeindevorsetzung und in der Verammlung dem Protest gegen den Verkauf zustimmte. Er ersetzte dafür nur einen Aufschub. Die angelegene Entschließung lautet:

Die am 22. März in Tauscha tagende öffentliche Einwohnererklärung nimmt Stellung zu der Verschärfung des GBWZ. Sie protestiert entschieden gegen den Beschluß des Verbandes auszuführen, wonach der Verkauf durchgeführt werden soll. Die Einwohnererklärung fordert von dem am 31. März tagenden Kreisrat, daß der Verkauf dieser kommunalen Einrichtungen abschiebt und dem Beschluß dieses Scharenberg-Verfahrens die Wirtschaft seiner Funktion entzogen wird. Die Erhaltung der Kontrolle des Verbandes durch die Kommunen und Verbraucher muß herbeigeführt werden. Die Strompreise müssen senkt, die Zahlmieten niederschlagen werden. Nur auf die Wende kann der GBWZ, in kommunaler Verwallung ein für Verbraucher rentables Unternehmen werden.“

Müßel. Stadtratsordnenstutzung am Dienstag, 10 Uhr, in der gut geübten Turnhalle der Realschule. Sieben Punkte von allgemeiner Bedeutung und sechs Kenntnisnahmen sind auf der Tagesordnung. Beifällig Euch in Wallen!

Neumarf. Gemeindevorsetzer der SPD und lumpstührende Arbeiter, die als Vertreter der Massenorganisationen der Arbeiterklasse an der Gemeindepolitik in den Verhältnissen von Kauenport und Krißbach bis Kämmerich und Götterbach (rund um Weimar) interessiert sind, werden aufgefordert, am Mittwoch in Schumanns Gasthof zu einer wichtigen Versprechung zu erscheinen!

Am Sonntagabend, dem 22. März, tagte auch eine öffentliche Einwohnererklärung in Tauscha, in der auch die Mehrheit der Anwesenden waren Kleinverdienende in Landwirte. Der SPD-Gemeindevorsetzer verurteilte die Scharenberg-Politik zu verurteilen, trotzdem er in der Gemeindevorsetzung und in der Verammlung dem Protest gegen den Verkauf zustimmte. Er ersetzte dafür nur einen Aufschub. Die angelegene Entschließung lautet:

Die am 22. März in Tauscha tagende öffentliche Einwohnererklärung nimmt Stellung zu der Verschärfung des GBWZ. Sie protestiert entschieden gegen den Beschluß des Verbandes auszuführen, wonach der Verkauf durchgeführt werden soll. Die Einwohnererklärung fordert von dem am 31. März tagenden Kreisrat, daß der Verkauf dieser kommunalen Einrichtungen abschiebt und dem Beschluß dieses Scharenberg-Verfahrens die Wirtschaft seiner Funktion entzogen wird. Die Erhaltung der Kontrolle des Verbandes durch die Kommunen und Verbraucher muß herbeigeführt werden. Die Strompreise müssen senkt, die Zahlmieten niederschlagen werden. Nur auf die Wende kann der GBWZ, in kommunaler Verwallung ein für Verbraucher rentables Unternehmen werden.“

Stahlhelmliebbling unterschlägt Merseburger Stadtgelber

Ausgerechnet Gelder der Kriegsooper und Sozialrentner — Die reaktionäre Stadtverwaltung deckt ein Jahr lang die Korruption!

Am Freitag fand vor dem hiesigen Schöffengericht der Prosch gegen den Magistratsbeamten Zeitz aus Merseburg statt. Derselbe hatte in den Jahren 1918 bis 1922 Amtsdienst der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie der Sozialrentner zu persönlichen Verwendungen unterschlagen.

Fernerhin wurde ihm Urkundenfälschung und Verleumdung zu M. ein Jahr Haft gelogt. Die Zeits wurde nach längerer Verurteilung der Urkundenfälschung sowie lacherer Amtsenthebung überführt und zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Drei Monate und zwei Wochen hat er abzuhängen. Für den anderen Teil der Strafe wurden ihm drei Jahre Bewährungsfrist zugesprochen.

Wer sind die Betrogenen?

Die Merseburger Arbeitererschaft hat sich noch sehr gut seines furchtbaren Korruptionssystems, der in der Zeitz im Jahre 1922 bis 1923 h. abschierte. Die größte Empörung war innerhalb der proletarischen Bevölkerung zu jener Zeit zu bemerken. Handelte es sich gerade um die Mittel der ärmsten Schichten der Bevölkerung. Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene der Opfer des imperialistischen Krieges und ausgemergelte Sozialrentner waren die Betroffenen. Dabei war die Zahlung der bürgerlichen sowie sozialistischen Magistratsbeamten sowie deren Stützpunkten, die Korruptionsschäfer gerade besonders für die Korruption der bürgerlich-kapitalistischen Brut. Man hatte zu jener Zeit und selbst noch vor dem Klassenkampf den traurigen Mut, diesen Korruptionsschanden als einen vorbildlichen, fleißigen Beamten zu betrachten. Können sich die Magistratsmitglieder den Zeits etwa als ein Beispiel, das sie ja dann noch, entsprechend ihrem hohen „Rang“, überstehen müßten?

Wer ist der Betrüger?

Ein Anhänger und Verteidiger dieser bürgerlichen Klassenpolitik. Zeits ist in früheren Jahren war er in seiner Tätigkeit als Oberpostinspektor mit den Gerichtsböden in Konflikt geraten in deren Verlauf er von dem Verurteilten zu fünf Jahren in einer in der Strafkammer verurteilt und auf dem Wege des Disziplinerverfahrens vom Gerichtshof suspendiert wurde. Er war dann aber während und nach dem Krieg beim Exzirkommando in Weiskensfeld und beim Verfassungsausschuß als Angehöriger tätig. Späterhin hat er sich bei dem Magistrat der Stadt Merseburg als Angestellter beworben. Um aber die Voraussetzung einer Anstellung in Merseburg zu schaffen, hat er aus seinem Verurteilungssachen den Vermerk über sein Verbrechen in Konflikt mit dem Verurteilten entfernt. Er hat sich durch die Verschleierung der Korruptionsschänder ein „leuchtendes“ Mann. Denn ein gutes Zeugnis des „Oberstahlhelms“ Führer hatte das Zeugnis getan. Derselbe war wohl der entscheidende Punkt für die Anstellung Zeits gewesen sein.

Was kam der Betrug zustande?

Zeits hatte in seiner Tätigkeit die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Sozialrentner zu erledigen. Schon vom ersten Tage an hatte dieser eigenmächtig ein Sperrkonto für sich eröffnet. 3. beauftragt nun, daß bereits im Jahre 1924 Zeits

Am Freitag fand vor dem hiesigen Schöffengericht der Prosch gegen den Magistratsbeamten Zeitz aus Merseburg statt. Derselbe hatte in den Jahren 1918 bis 1922 Amtsdienst der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie der Sozialrentner zu persönlichen Verwendungen unterschlagen.

Fernerhin wurde ihm Urkundenfälschung und Verleumdung zu M. ein Jahr Haft gelogt. Die Zeits wurde nach längerer Verurteilung der Urkundenfälschung sowie lacherer Amtsenthebung überführt und zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Drei Monate und zwei Wochen hat er abzuhängen. Für den anderen Teil der Strafe wurden ihm drei Jahre Bewährungsfrist zugesprochen.

Wer sind die Betrogenen?

Die Merseburger Arbeitererschaft hat sich noch sehr gut seines furchtbaren Korruptionssystems, der in der Zeitz im Jahre 1922 bis 1923 h. abschierte. Die größte Empörung war innerhalb der proletarischen Bevölkerung zu jener Zeit zu bemerken. Handelte es sich gerade um die Mittel der ärmsten Schichten der Bevölkerung. Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene der Opfer des imperialistischen Krieges und ausgemergelte Sozialrentner waren die Betroffenen. Dabei war die Zahlung der bürgerlichen sowie sozialistischen Magistratsbeamten sowie deren Stützpunkten, die Korruptionsschäfer gerade besonders für die Korruption der bürgerlich-kapitalistischen Brut. Man hatte zu jener Zeit und selbst noch vor dem Klassenkampf den traurigen Mut, diesen Korruptionsschanden als einen vorbildlichen, fleißigen Beamten zu betrachten. Können sich die Magistratsmitglieder den Zeits etwa als ein Beispiel, das sie ja dann noch, entsprechend ihrem hohen „Rang“, überstehen müßten?

Wer ist der Betrüger?

Ein Anhänger und Verteidiger dieser bürgerlichen Klassenpolitik. Zeits ist in früheren Jahren war er in seiner Tätigkeit als Oberpostinspektor mit den Gerichtsböden in Konflikt geraten in deren Verlauf er von dem Verurteilten zu fünf Jahren in einer in der Strafkammer verurteilt und auf dem Wege des Disziplinerverfahrens vom Gerichtshof suspendiert wurde. Er war dann aber während und nach dem Krieg beim Exzirkommando in Weiskensfeld und beim Verfassungsausschuß als Angehöriger tätig. Späterhin hat er sich bei dem Magistrat der Stadt Merseburg als Angestellter beworben. Um aber die Voraussetzung einer Anstellung in Merseburg zu schaffen, hat er aus seinem Verurteilungssachen den Vermerk über sein Verbrechen in Konflikt mit dem Verurteilten entfernt. Er hat sich durch die Verschleierung der Korruptionsschänder ein „leuchtendes“ Mann. Denn ein gutes Zeugnis des „Oberstahlhelms“ Führer hatte das Zeugnis getan. Derselbe war wohl der entscheidende Punkt für die Anstellung Zeits gewesen sein.

Was kam der Betrug zustande?

Zeits hatte in seiner Tätigkeit die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Sozialrentner zu erledigen. Schon vom ersten Tage an hatte dieser eigenmächtig ein Sperrkonto für sich eröffnet. 3. beauftragt nun, daß bereits im Jahre 1924 Zeits